

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis 3.00 M., monatlich 1.00 M., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.50 M. für den Monat. Eintrag in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 M., für das übrige Ausland 4 M. für den Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen oder deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 30 Pf., (zwei bis drei Zeilen), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 11. November 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Asquith' Guildhall-Rede.

## Kriegserfahrungen - Friedensfragen.

### Frieden - aber nur wenn . . .!

Alle Staatsmänner Europas sind für den Frieden. Aber alle sind sie für ihn „nur wenn . . .“ Die folgende Rede wird von ihnen je nach Laune, Temperament, Meinung und Kriegslage verschieden ausgefüllt. Am beliebtesten sind allgemeine Redewendungen gleich jenen, die der englische Ministerpräsident Asquith am Donnerstag in seiner Guildhallrede gebrauchte. Man lese den schon stereotyp gewordenen Schlußpassus seiner Rede nach, und man wird finden, daß von deutscher Seite schon unzähligmale daselbe gesagt worden ist.

„Ja den Frieden wollen wir, aber nur unter der einen Bedingung, daß der Krieg mit seinen ungeheuren Opfern, unsagbaren Leiden und ruhmvollen und unsterblichen Beispielen von Mut und Selbstopferung nicht vergeblich gewesen sein soll.“ Wie oft haben auch wir genau daselbe gehört! Opfer sind gebracht, Leiden getragen, Beispiele von Mut und Selbstopferung gegeben worden auf beiden Seiten! Alle Völker haben unter diesem Krieg Unzähliges erlitten und alle wünschen Lohn für ungeheure Leistung. Wenn aber dieser Lohn nicht im innern freiheitlichen Aufbau der Staaten, nicht in sozialer Fürsorge für die Besitzlosen, nicht in der raschen Beendigung des Kriegs und der dauernden Sicherung des Friedens gesucht wird, wenn er gesucht wird in Eroberungen und Kriegserfahrungen, so heißt das, einem Teil zu den Opfern, die er schon gebracht hat, neue auferlegen wollen; es heißt also, eine unerträgliche Zumutung an ihn stellen, es heißt, nicht dem Frieden, sondern dem Kriege dienen.

„Der Frieden wird ein solcher sein müssen, der aufgebaut ist auf einer sicheren Grundlage und Bürgschaft: für die Schwachen, für die Freiheit Europas und die zukünftige Freiheit der Welt.“ So sagt Herr Asquith, wir aber glauben, Herr v. Bethmann sprechen zu hören. Den Frieden wollen sie alle, und die Freiheit auch. Leider ist auch bei der Freiheit ein „Wenn“ dabei, das zwar nicht ausgesprochen wird, das aber doch jedem Staatsmann als selbstverständlich gilt.

Jeder spricht von Freiheit, und jeder denkt dabei an die machtpolitischen Interessen seines Staates. Auf der einen Seite erwärmt man sich mehr für die Freiheit der Polen, der Türken, der Bulgaren, auf der anderen mehr für die der Belgier, der Serben, der Armenier usw. Darüber sollte man endlich einmal in voller Aufrichtigkeit miteinander reden! Man sollte nicht immer wieder sich selber die Rolle des Weltbeglückers und Weltbestreiers und dem andern die des blutigen und finsternen Tyrannen zuschieben. Und auf beiden Seiten sollte man aus diesem Kriege lernen, daß die Macht eines Staates durch Unterdrückung nicht vermehrt, sondern erschüttert wird. Auch die Idee ist eine Macht, und nicht die geringste von allen; warum würden sonst die Staatsmänner aller Länder der Idee der Freiheit fortgesetzt ihre Huldigungen bringen? Wären die Staatsmänner Europas häufiger den Rousseau lesen und seltener den Machiavelli!

Herr v. Bethmann hat am Donnerstag ausführlich von den Eroberungsplänen der Gegner gesprochen, in der Rede, die Herr Asquith an demselben Tage hielt, findet sich kein Wort davon. Dafür wird den Zentralmächten die Absicht unterstellt, Serbien zu annektieren. Vorwurfsvoll sagt der englische Ministerpräsident, England sei auch zur Wiederherstellung Serbiens verpflichtet, von deutscher Seite habe aber niemand „auch nur angedeutet, daß Deutschland bereit sei, diesem Verlangen entgegenzukommen.“

Diese Andeutung ist bisher wohl nur deshalb unterblieben, weil noch kein Mensch in Deutschland auf den Gedanken gekommen ist, daß die deutschen Soldaten an der Somme, am Stochod, in der Dobrudscha und in den Karpaten bluten könnten, um Serbien für Österreich zu erobern! Für Österreich, das gleich bei seinem ersten Einmarsch in Serbien erklärte, es wolle von diesem Lande gar nichts haben! Man denke sich, der deutsche Reichsfänger würde heute sagen: „Ja, wir wollen Frieden, aber nur wenn Serbien an Österreich fällt!“ Millionenfach käme ihm die Antwort: „Was geht uns Serbien an?“ Kein Mensch in Deutschland würde den Krieg auch nur einen Tag weiterführen wollen, um Österreich zu seinem übrigen Völkergemisch noch ein paar Millionen Südländer zu beschaffen!

Berechterweise wird man anerkennen müssen, daß die Friedensbeteuerungen von deutscher Seite oft mit demselben „nur wenn“ - geschmückt sind, wie die Guildhall-Rede des Herrn Asquith. Die Reden, die von verschiedenen hervorragenden Volksvertretern in der Donnerstagsrede des Hauptassessors des Reichstags gehalten worden sind, geben reiche Beispiele - nur die sozialdemokratischen

Reden waren frei davon. Im übrigen ist die Donnerstagsdebatte kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Reichstags. Das Verhalten der bürgerlichen Parteivertreter gegenüber Herrn v. Bethmann Hollweg erinnert allzu sehr an jene Bäuerin, die den Bauer von hinten am Rock zupft, damit er die Kuh nicht zu billig verkaufen soll. Nach solchen Gesichtspunkten und mit solchen Methoden läßt sich nicht „große“ Politik treiben, am allerwenigsten eine Politik, wie sie das Volk verlangt, eine Politik des festen, zielstrebigen Friedenswillens.

Herr Asquith hat recht, wenn er die „Beispiele von Mut und Selbstopferung“ rühmt, die die Völker in diesem grauenhaften Ringen gegeben haben. Es wäre gut, wenn sich die Staatsmänner und führenden Politiker an solchen Beispielen nicht nur erbauten, sondern wenn sie ihnen auf dem ihnen eigenen Gebiet nachahmten. Es gehört Mut dazu, weniger mutig zu erscheinen als andere, deren Lasterheit hinter dem Schreibtisch und dem Rednerpult gar keine Grenzen kennt, es gehört auch Mut dazu, offen auszusprechen, daß geile Sprossen beschnitten und verschiedene Blöcke zurückgesteckt werden müssen, wenn die Welt wieder zum Frieden kommen soll. Aber nur der Staatsmann, der den großen Mut zum Frieden hat, wird Staatsmann und Volksmann zugleich sein!

### Asquith' Rede.

Premierminister Asquith hat auf dem Bankett in der Guildhall die folgende Rede gehalten:

Ich entsinne mich des Beifalls, den bei einer früheren Gelegenheit hier mit vorzeitiger und, wie die Ereignisse beweisen haben, unbegründeter Genugtuung der Triumph des, was man die jungtürkische Bewegung nannte, über die von Espionen getragene und

#### blutbesteckte Tyrannie

des Sultans Abdul Hamid gefunden hat. Wir hofften in jenen Tagen auf eine Wiedergeburt des osmanischen Reiches von innen heraus. Unsere Hoffnungen sind getäuscht worden und sind zu nichts geworden, und wir erkennen jetzt alle, daß die Fortdauer türkischer Herrschaft in Europa, wo der Türke immer ein Fremder und ein Eindringling gewesen ist, schon dazu geführt hat, und wenn man ihr gestattet fortzudauern, in noch höherem Maße dazu führen wird, daß der Türke nur ein Vasall und unterwürfiger Agent der deutschen Interessen und Ansprüche ist. Lassen Sie mich ein praktisches Beispiel anführen. In den versklavten Rassen, die am meisten unter der osmanischen Herrschaft gelitten haben, gehören

#### die Armenier,

deren unterschiedslose Hinschlachtung die ganze zivilisierte und christliche Welt in unserem Lande, in Russland und vielleicht noch mehr in den Vereinigten Staaten entsetzt hat. Die Leiden dieses Volkes haben großes Mitleid erweckt, und alle drei Länder haben große Summen aufgebracht, um ihm in seiner gegenwärtigen Lage zu helfen und ihm in Zukunft wieder ein Vaterland zu geben. Ich brauche nicht zu sagen, daß die britische Regierung diese Bemühungen mit großer Sympathie sieht und entschlossen ist, daß eine Zeit der Freiheit und Erlösung für dieses alte Volk andrängen soll. Aber Deutschland, das als Herr der Türkei mit einem Blick diesem organisierten Feldzug von Vergewaltigung und Meuterei gegen ein christliches Volk hätte Einhalt tun und, wenn es gewollt hätte, ihn verhindern können, Deutschland hat unbewegt und ergeben und - können wir es wissen - vielleicht heifällig zugesehen. Dies ist ein Beispiel, und ein bezeichnendes Beispiel für die wahre Bedeutung einer germanisierten Türkei.

#### Ich will heute abend nicht versuchen, einen

#### Ueberblick über die Kriegslage

zu Lande und zur See zu geben. Unsere Flotte, die fern von der Öffentlichkeit und ohne Reklame arbeitet, aber wachsam und allgegenwärtig ist, hält die Wege, auf denen der Feind seine Vorräte bezieht, in immer fester werdendem Griff und ist bereit, und mehr als bereit, eine Entscheidung auf offener See zu suchen, wenn immer sich die Gelegenheit bietet.

Unsere tapferen Deere auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen haben niemals auffällender ihr Anrecht bewiesen, die besten Ueberlieferungen unserer Vergangenheit zu erhalten und glänzen zu lassen. In dem Titanenkampf an der Somme, mit seinem täglichen Rekord unvergleichlicher Beispiele von Heroismus des einzelnen und der Allgemeinheit gewinnen sie ständig Boden und weichen niemals einen Zoll zurück.

In Saloniki, Aegypten, Mesopotamien und Ostafrika ist ihr Rekord der gleiche. Frankreich kämpft Schulter an Schulter mit uns an der Somme und hat im Laufe von wenig mehr als 14 Tagen das ganze Ergebnis der gewaltigen, dem Feinde äußerst teuer zu stehen kommenden achtmonatigen Anstrengung bei Verdun vernichtet. Italien rückt stetig und sicher nach Triest vor. Russland erfüllt mit unverminderter Tapferkeit und Stärke seine kolossale Aufgabe, und unserern rumänischen Verbündeten sollen wir einen besonderen Tribut der Bewunderung und Dankbarkeit für die

hartnäckige Aufrechterhaltung seiner Front. Die Serben spielen eine wertvolle Rolle und entfalten niemals ehrenvoller die unbezwingbaren Eigenschaften ihrer Rasse. Auch Portugal, unser ältester Verbündeter, trägt seinen Teil für die gemeinsame Sache bei. In Bezug auf Griechenland spreche ich mit Hoffnung, ich wünsche, ich könnte sagen, mit Vertrauen. Wie alle Welt weiß, gingen wir und unsere französischen Verbündeten nach Saloniki nicht als Eindringlinge und Rechtsverleher, sondern wir gingen dahin mit Zustimmung der griechischen Regierung als Freunde sowohl Serbiens als Griechenlands.

Wir haben keinen und hatten nie einen Streit, im Gegenteil, wir haben tiefe, aufrichtige

#### Freundschaft für Griechenland.

Als eine der Garantemächte seiner Unabhängigkeit und Freiheit wünschen wir gleichzeitig zu verbieten, daß es in das germanische Reich verstrickt wird, und es vor innerem Haß zu bewahren. Was auch für Maßregeln offenbar drastischer Art von den Alliierten ergriffen worden sind, so sind sie nur von der Notwendigkeit eingegeben worden, zu verhindern, daß Athen der Brennpunkt und Mittelpunkt deutscher Werbetätigkeit und Intrigen wird oder vielmehr fortfährt, das zu sein. Ich erkläre ganz offen, daß wir für diesen großen griechischen Patrioten Venizelos herzliche Sympathie haben. Er hat uns versichert, und wir nehmen seine Versicherung voll an, daß seine Anstrengungen und seine Organisation keine antisömatische Ziele verfolgen. Das einzige Ziel seines Strebens ist, daß in dieser Welt des Kampfes Griechenland eine würdige Rolle auf der Seite der Freiheit und in der fortschrittlichen Entwicklung mit der Richtlinie der Unabhängigkeit und Freiheit der Balkanvölker und der osteuropäischen Gemeinschaften spielen möge.

#### Dies ist ein Krieg für die

#### Befreiung der kleinen Staaten.

Wie kann Griechenland in einem solchen Kampfe beiseite stehen? Eins der Ziele der Alliierten und namentlich derer, die, wie wir, zu den Garantemächten gehören, ist, daß wir noch einmal in der Lage wären, in der wir uns befanden, als Venizelos Ministerpräsident war und wir zuerst nach Saloniki gingen.

Dasselbe war es, das als erste unter den Nationen in Europa das Licht der Freiheit anzündete und dem Einbruch sllischer Barbarei und Tyrannie Widerstand leistete. Barbarei und Tyrannie sind ewige Feinde des Westens im Menschen, ob sie von Osten oder von Westen kommen, ob sie unerbittlich und schamlos einherkommen oder behagen und verhält in dem Kleide der Kultur.

Möge Griechenland sein Licht wieder anzünden und sich seiner unsterblichen Vergangenheit würdig erweisen.

Lassen Sie mich, ehe ich schließe, einige Worte über die allgemeinen Aussichten der Lage sagen. Wir wollen uns

#### über unsere Feinde keinen Illusionen

hingeben. Sie sind große Organisatoren und vortreffliche Kämpfer auf dem Schlachtfelde. Sie sind auch, ich will nicht sagen kunstvoll, aber doch unermüdliche Arbeiter auf einem ganz anderen Gebiete, auf dem Gebiete der Werbetätigkeit. Und in dieser Beziehung sind ihre Bemühungen auf zwei Ziele gerichtet, darauf, die Alliierten zu verunsichern, und darauf, die öffentliche Meinung der Neutralen für sich selbst einzufangen.

Um von dem zweiten zuerst zu sprechen: Es wird in neutralen Ländern die Behauptung ausgetrieben, daß wir, die Alliierten, die finstere Absicht hätten, uns nach dem Kriege gegen sie zusammenzuschließen und eine unüberstiegbare Steinmauer gegen ihren Handel zu errichten. Denn, wenn das wahr wäre, so würde es bedeuten, daß wir alle zusammen auf wirtschaftlichen Selbstmord ausgingen. Es sollte überflüssig sein, zu verüchern, daß, wenn die Zeit für Frieden gekommen sein wird, die Alliierten vom Standpunkt ihrer eigenen Interessen aus auf nichts mehr Gewicht legen werden, als darauf, die besten industriellen und finanziellen Beziehungen mit den neutralen Mächten herzustellen.

Das erste erwähnte Ziel der deutschen Werbetätigkeit besteht in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung in jedem der kriegführenden Länder zugunsten eines Sonderfriedens, und es werden verschiedene Gründe hierfür an den verschiedenen Stellen ausgetrieben. Beispielsweise wird hier in Großbritannien angegeben, Deutschland sei bereit, die

#### Unabhängigkeit Belgiens

wiedherzustellen und ihm Entschädigung zu leisten, und daß auf dieser Grundlage ein billiger Friede erlangt werden könnte, soweit der besondere britische Kriegsgrund in Frage käme, und daß wir von unseren Alliierten im Kriege weitergezerrt würden, um besondere Ansprüche Frankreichs oder Russlands oder Italiens zu befriedigen, an denen wir kein unmittelbares Interesse oder Ansehn hätten. Lassen Sie mich beiläufig bemerken, daß wir ebenso zur Wiederherstellung und

#### Unabhängigkeit Serbiens

verpflichtet sind, und, soweit ich sehe, hat niemand, der die deutsche Werbetätigkeit betreibt, auch nur angedeutet, daß Deutschland bereit wäre, diesem Verlangen entgegenzukommen.

Ich möchte jedoch ohne Zögern oder Zurückhaltung erklären, daß die Alliierten für eine gemeinsame Sache fechten, daß für das Ziel des Krieges ihre Interessen auch die übrigen sind, wie wir auch glauben, daß unsere Interessen die übrigen sind, und daß ein Sieg, der sie alle erfüllt, unserer Meinung nach die wesentliche Bedingung

eines dauernden Friedens ist. Das System, das die deutsche Propaganda gegen unsere Alliierten, insbesondere Rußland, anwendet, ist gerade entgegengesetzt. Dort werden wir als die Nacht hingestellt, der es darum zu tun ist, den Krieg fortzusetzen und die Möglichkeit eines Sonderfriedens wie eines allgemeinen Friedens zu hinterfragen. Wir werden hingestellt als ein Volk, das Geld zu Wucherzinsen ausleiht, das aus der Munition und anderem Bedarf, den wir liefern, und aus der Verschiffung, die wir besorgen, gewaltige Gewinne zieht. Wir werden hingestellt, als erfüllen wir die uns von Napoleon zugeschriebene überlegene Aufgabe einer Nation von Diktatoren und Händlern, als beuteten wir skrupellos und ohne Maß die Vorfälle unserer Brüder im Streit aus. Ja,

#### Frieden wollen wir,

aber nur unter der einen Bedingung, daß der Krieg mit seinen ungeheuren Opfern, unsagbaren Leiden und ruhmlosen und unsterblichen Beispielen von Mut und Selbstlosigkeit nicht vergeblich gewesen sein soll. Ein Separatfrieden kann nicht in Frage kommen, und der Frieden, mag er früher oder später kommen — ich will keinen Augenblick meine Ueberzeugung verhehlen, daß der Kampf alle unsere Missetaten und alle unsere Schuld und Entschuldigungen in Anspruch nehmen wird — wird ein solcher sein müssen, der aufgebaut ist auf einer sicheren und festen Grundlage und Bürgschaft:

für die Schwachen, für die Freiheit Europas und für die zukünftige Freiheit der Welt.

### Balfours Rede.

Nach Asquith sprach Balfour. Er sagte: Die Engländer und ihre Bundesgenossen haben die unbedingte Herrschaft auf der See.

#### Herrschaft auf der See.

Ein britischer Standpunkt aus betrachtet weist diese Stellung aber einige Unzulänglichkeiten auf. Wenn der Handel des Feindes von der See vertrieben ist, können keine Schiffe mehr zu Krisen gemacht werden, und, wenn die feindliche Flotte in der Nähe ihrer verstärkten Operationsbasen bleibt, können keine Siege errungen werden. Einige Kritiker denken deshalb, daß die englische Flotte zu einer passiven Rolle verurteilt sei. Das ist unrichtig. Sie hat eine viel schwierigere Aufgabe, als die bloße Verteidigung der Küsten. Sie hat für die Sicherheit der Verbindungslinien der Armeen über See zu sorgen, die an allen Punkten Europas kämpfen. Sie muß bei gutem und schlechtem Wetter

#### die Blockade

aufrechterhalten, die die Hilfsquellen des Feindes verstopft. Ich kann versprechen, daß die Pflichten, die auf der Flotte ruhen, so wohl als den Angriff als was die Verteidigung betrifft, in Zukunft ebenso erfolgreich erfüllt werden, wie in der Vergangenheit. Aber ich will nicht versprechen, daß die Sorgfalt in der Wachsamkeit und Zusammenziehung der Kampfmittel vorübergehende, allerdings vergebliche Angriffe unmöglich macht, wie den jüngsten Angriff im Kanal, der übrigens keinerlei militärisch oder maritim ins Gewicht fallende Ergebnisse hatte. Ich glaube nicht, daß der Angriff wiederholt werden wird, da er die große Gefahr, die der Feind in einem solchen Falle laufen würde, nicht rechtfertigen würde. Derartige Ueberfälle haben mit dem großen Probleme der Beherrschung der See nichts zu tun. Deutschland hat jetzt die Hoffnung aufgegeben, unsere Seeherrschaft durch eine Aktion der Flotte anzufechten. Es ist zu erbärmlicheren, verbrochenen Methoden übergegangen.

Balfour verlas sodann folgenden Auszug aus der deutschen Beisetzungsordnung, die am Tage vor der Kriegserklärung neu ausgearbeitet worden sei: „Kein Anhalten und Durchsuchen eines Schiffes unter neutraler Flagge muß der Kommandant soviel wie möglich zu vermeiden trachten, daß es den Kurs verändern muß. Er muß trachten, es so wenig wie möglich zu belästigen.“ Vor einigen Tagen wurde der norwegische Dampfer „Nava“ während eines heftigen Sturmes angegriffen und versenkt. Die Besatzung erhielt fünf Minuten Zeit, in die Boote zu gehen. Von einem dieser Boote hat man seither nichts gehört. Ein anderes hat die Küste erreicht, aber von zehn Insassen waren zwei infolge der Anstrengungen gestorben. Zwei gingen auf den Felsen zugrunde. Eine glückliche Illustration der Besatzung, soweit wie möglich zu vermeiden, daß Schiffe aus dem Kurs gebracht werden (indem man sie versenkt). Eine glückliche Illustration der Bemühungen, so wenig wie möglich lästig zu fallen. Sodann verlas Balfour Auszüge aus der Rede, die Baron Warshall auf einer der Haager Konferenzen gehalten hat. Der Konferenz lag die Frage vor, wie mit Minen zu verfahren sei. Die Briten erhoben Einspruch gegen die deutschen Methoden mit der Begründung, daß sie für die Neutralen hart sein würden. Der deutsche Vertreter sprach wie folgt: „Militärische Aktionen werden allein durch das Völkerrecht beherrscht. Daneben gibt es andere Faktoren wie das Gewissen und Gerechtigkeitsgefühl (moralisch good sense). Das Gefühl für die Pflichten, die durch die Grundzüge der Menschlichkeit auferlegt werden, werde der sicherste Nährboden für das Verhalten der Seeleute sein und die wirksamste Wehr gegen einen Mißbrauch bieten. Die Offiziere der deutschen Flotte, ich verlange es laut, werden die Pflichten, die das ungeschriebene Gesetz der Menschlichkeit und der Zivilisation auferlegt, immer genau erfüllen.“ (Heiterkeit.)

Was sollen wir von einer Nation sagen, die durch den Mund ihres ausserordentlichen Vertreters diese Rede hält und schon zwei Jahre später Medaillen auf die „Lusitania“ prägen läßt. (Hört! hört!) Wir alle wissen, was das heißt: Es bedeutet, daß die Deutschen zum wohlüberlegten Schluß gelangten, daß der beste Weg zum Erfolg der ist, Schrecken einzuflöhen. Was sie einem schwachen Neutralen, wie

#### Norwegen.

im letzten Monate tun, ist einfach die Wiederholung dessen zur See, was sie in Belgien taten oder anderswo getan haben und überall tun werden, wo sie die Nacht haben.

### Wilson gewählt!

Berlin, 10. November. (W. Z. B.) Der Berliner Vertreter der „Associated Press“ hat folgendes Telegramm erhalten: Wilson ist mit 272 Stimmen wiedergewählt worden. Der Senat wird nach den bisherigen Ergebnissen mit einer Mehrheit von 12 Stimmen demokratisch sein. Die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses ist noch zweifelhaft, es wird eine demokratische Mehrheit nur erhalten, wenn fünf Bezirke, die gegenwärtig noch zweifelhaft sind, Demokraten wählen sollten.

London, 10. November. (W. Z. B.) Reuter meldet aus New York: Wilson ist gewählt.

London, 9. November. (W. Z. B.) Reuter meldet aus New York: Der republikanische Nationalauswahlgang gibt bekannt, daß in den Staaten, in denen die Zahl der für die beiden Kandidaten abgegebenen Stimmen annähernd gleich ist, darunter California, North Dakota, Minnesota, New Mexiko und New Hampshire, wahrscheinlich eine Nachzählung vorgenommen werden wird.

London, 10. November. (W. Z. B.) (Meldung des Reuterischen Bureaus.) Der „Times“ wird aus New York gemeldet, daß die Republikaner über den Ausfall der Wahlen sehr überrascht sind, da Hughes im Osten vielfach die Mehrheit erzielte. Wilsons Sieg im Westen macht großes Aufsehen. Es ist nicht eine Folge der Stimmen der Frauen und Arbeiter, sondern des Rufwortes, das die Demokraten

ausgaben: Frieden und Wohlfahrt! und des Mißtrauens gegenüber den finanziellen Interessen, die Hughes nach der Ansicht der westlichen Wähler vertritt. — Nach einer Meldung der „Daily News“ aus New York waren die deutschen Stimmen fast gleichmäßig auf die beiden Kandidaten verteilt. Hughes unterlag in Milwaukee und St. Louis, zwei Städten, wo das Deutschtum besonders stark ist, erhielt aber Tausende von Stimmen der deutschen Demokraten in New York.

### Voreilige Freude in Frankreich.

Basel, 10. November. (Z. U.) Die französische Zensur hat die Presse aufgefordert, zu der Präsidentenwahl in Amerika eine streng neutrale Haltung zu beobachten. Nachdem aber Reuter die verfrühten und angebliche offizielle Meldung, daß Hughes gewählt worden sei, brachte, konnten die Pariser Abendblätter nicht mehr mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die Niederlage Wilsons zurückhalten. Sie machen Wilson zum Vorwurf, daß er wieder gegen die Besetzung Belgiens Widerstand erhoben habe, noch sich durch den Untergang der „Lusitania“ zur Kriegserklärung an Deutschland habe fortsetzen lassen. Sie erwarten von dem neuen Präsidenten mehr Energie und Entschlossenheit. In diesem Sinne nennen sie den gemeldeten Ausgang der Präsidentenwahl einen glücklichen Tag für die Alliierten.

### Die griechischen Wirren.

Bern, 9. November. (W. Z. B.) Ein Telegramm des „Corriere della Sera“ aus Athen vom 8. November besagt, man kenne die wahren Beweggründe des dargelegten Besuches des englischen und des französischen Gesandten bei Ministerpräsident Lambrinos immer noch nicht. Der bulgarische Gesandte habe die Vermutung ausgesprochen, die Schmachthäute hätten von der griechischen Regierung die Ueberlassung des gesamten Artillerieparkes mit Munition und 60.000 Gewehren sowie die Erlaubnis verlangt, in Volo eine serbische Regierung einzusetzen zu dürfen. Die Antibenizelisten befürchteten, daß, falls sich dies bewahrheiten sollte, Venizelos sich mit den revolutionären Truppen in Alt-Griechenland und mit seiner Regierung in Athen niederlassen werde.

Genf, 9. November. (W. Z. B.) Die „Matin“ aus Athen meldet, wurde der Abgeordnete Kallimastiotis, der beschuldigt wird, feindlichen Unternehmungen Vorschläge gegeben zu haben, verhaftet und nach dem englischen Konsulat im Piräus übergeführt. Mehrere Personen, darunter ein ehemaliger Minister, werden als Mitschuldige des Abgeordneten Kallimastiotis bezeichnet.

### Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 9. November. (W. Z. B.) Bericht des Generalstabes.

Mazedonische Front. Außer dem üblichen Artilleriefeuer und Patrouillenunternehmungen ist von der ganzen Front nichts Wichtiges zu melden.

Rumänische Front. An der Donaufront in gewissen Abschnitten Artillerie- und Infanteriefeuer. Zwei deutsche Kompagnien mit einer Gruppe österreichisch-ungarischer Monitore unternahmen einen kleinen Streifzug auf das linke Ufer gegenüber dem westlichen Ausgang des Belenkanals und zwangen die Uferverteidigung zur Flucht. Die Kompagnien kehrten mit mehreren Gefangenen und einem Munitionswagen zurück. In der Dobrußja leichte Zusammenstöße zwischen vorgehobenen Abteilungen. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

### Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 10. November. (W. Z. B.) Bericht des Generalstabes vom 9. November. In Persien haben wir in der Provinz Azerbaidjan den Feind zurückgeworfen, der am 3. November unsere bei Sekis liegenden Truppen angreifen versuchte, und ihm dabei Verluste beigebracht. — An der Kaukasusfront außer Scharmüheln nichts von Bedeutung.

#### Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

### Die feindlichen Heeresberichte.

#### Der französische Tagesbericht.

Vom 9. November nachmittags. (W. Z. B.) An der Sommerfront große Tätigkeit der Artillerie. Die nervöse deutsche Infanterie ließ zahlreiche Sperrfeuer ausführen und richtete abends gegen die französischen Linien von Saillies einen Angriff, der nach kurzem Nahkampf vollständig zurückgewiesen wurde. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ruhig.

Vom 9. November abends. An der Sommerfront keine Unternehmung von Bedeutung. Artilleriekampf und kleine Infanteriegefechte bei Saillies-Saillies und südlich Vesroire, bei denen wir einige Gefangene und Gefangene gemacht haben. Diese bestätigen die großen Verluste des Feindes bei Saillies. Im Abschnitt von Douaumont und Bazeg hestige Beschießung durch die feindliche Artillerie; die unsere erwiderte das Feuer. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht. Lebhafter Artilleriekampf in der Gegend von Namcapelle und Peroyse und weiter östlich.

Orientalarmee. Keine bedeutsame Unternehmung. Das Wetter ist weiter schlecht.

#### Die englische Meldung.

Vom 9. November abends. (W. Z. B.) Während des Tages erfolgte südlich von der Ancre eine beträchtliche Beschießung seitens des Feindes. Wir beschossen das feindliche Gebiet östlich des Regina-Grabens. Der Feind erhebt den Anspruch, daß er am 5. d. Mts. unsere Truppen mit ungeheuren blutigen Verlusten in einer Schlacht erster Ordnung die mit sehr starken Kräften geführt worden sei, zurückgeschlagen habe. Es ist dies wieder einer der falschen Berichte, die er in letzter Zeit häufig in Zwischenräumen auszugeben für nötig hielt. Der Tatbestand verhält sich so, wie er bereits in dem englischen Berichte des genannten Tages dargestellt wurde. Unsere Angriffe waren östlich und wurden mit wenigen Bataillonen in der Absicht ausgeführt, etwas Gelände zu gewinnen, um unsere Gräben an drei Punkten zur Verbesserung unserer Frontlinie etwas vorzuschieben. Die meisten dieser Gräben wurden genommen und unsere Verluste entsprachen der Gefertigkeit der eingesehten Streitmacht und dem Umfang der Kämpfe.

#### Der russische Kriegsbericht.

Vom 8. November. (W. Z. B.) Westfront: Bei Sitowice und in der Gegend der Col. Ostrow-Wolfe (Col. Ostrow-Wolosowitsch ?) wurden Versuche des Feindes, sich unserer Stellungen zu nähern, durch unser Feuer zurückgewiesen. In den Waldkarpaten, westlich Tatarow fand ein Luftkampf zwischen einem unserer Flugzeuge und einem feindlichen Flieger statt. Unser Flugzeug wurde abgeschossen, der Lenker Unterleutnant Lagantines kam ums Leben. Der Zustand des Beobachters, Unteroffiziers Bahmann, ist hoffnungslos. Südlich von Dorna-Batra rückten unsere Truppen in der Gegend westlich und südlich des Berges Ramunetu weiter vor und erreichten daselbst das Bestros-Tal von Bestros bis Soldo.

Kaukasusfront: In der Richtung Ognui unternahmen die Türken in der Stärke eines Bataillons einen Angriff und wurden durch unser Feuer zurückgeschlagen.

Rumänische Front: Siebenbürgen: In den Richtungen Predeal und Ost dauern die feindlichen Angriffe fort. Östlich des Jiu-Flusses hat der Feind, nachdem er Verstärkungen erhalten hatte, die Offensive ergriffen. — Donaufront: Nichts Wichtiges zu melden.

Vom 9. November. (W. Z. B.)

Westfront: Es ist vom Verlaufe des Tages nichts zu melden. Südlich von Dorna-Batra geht der Kampf in der Gegend von Bestros weiter. Südlich vom Dorfe Sollo machten die Oesterreicher einen Gegenangriff.

Kaukasusfront: Die Lage ist unverändert.

Rumänische Front. Front in Siebenbürgen: Westlich vom Juzen-Tale schlugen die Rumänen die Deutschen zurück und brachten ein Maschinengewehr und 100 Gefangene ein. Im Jiu-Tale wiesen wir feindliche Angriffe ab.

Front an der Donau: Nachdem unsere Truppen feindliche Vorhuten zurückgeschlagen hatten, rückten sie in südlicher Richtung vor. Das Dorf Sitirjowa brennt. Es ist vom Feinde an mehreren Punkten angezündet worden.

#### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 9. November. (W. Z. B.)

Auf der ganzen Front unterbrochene Artillerietätigkeit, die durch das im Kriegsgebiet herrschende schlechte Wetter behindert wurde. Auf dem Karst fanden wir in der Nähe der Höhe 91, nordöstlich des Berges Pecina eine weitere vom Feinde verlassene Batterie, die aus drei 15-Zentimeter-Körnern mit reichlicher Munition bestand. Die Gesamtzahl der während der letzten Offensive dem Feinde abgenommenen Geschütze erreicht damit 20, von denen 13 mittleren Kalibers sind. Feindliche Flieger warfen Bomben auf die Umgebung von Montfalcone ab; es gab einen Toten und einige Verwundete. Cadorna.

#### Rumänischer Bericht.

Vom 9. November. (W. Z. B.)

Kord- und Nordwestfront: Im Totus-Tale hat der Feind in der Richtung auf den Berg Runcolul, 7 Kilometer nördlich Goicafa, angegriffen, wurde aber zurückgeschlagen. Im oberen Uzul-Tale haben unsere Truppen ein Flugzeug von Hindenburg-Typ abgeschossen. Führer und Beobachter wurden zu Gefangenen gemacht. Bei Zablauzi, Bratocea, Predeal und im Brachova-Tale sind Kämpfe im Gange. In der Gegend von Dragoslada haben wir einen Angriff des Feindes abgeschlagen. Auf dem linken Ufer des U ist der Kampf südlich von Litesti und Macocica weiter.

Südfront: Längs der ganzen Donau entfaltete der Feind große Artillerietätigkeit. In der Dobrußja ist mit Hilfe des Donaugeschwaders Patjoda wiederbesetzt worden. Vor seinem Rückzug hat der Feind diese Stadt sowie das Dorf Topal in Brand gesetzt.

### Fliegerangriffe auf Ostende.

Berlin, 10. November. Wolffs Bureau meldet amtlich: In der Nacht vom 9. zum 10. November griffen feindliche Flugzeuge Ostende und Zeebrugge ohne Erfolg mit Bomben an. Im Verlaufe des Angriffes wurde ein englisches Flugzeug zur Landung gezwungen und erbeutet. Der Insasse, ein englischer Offizier, wurde gefangen genommen. Am 10. November morgens griff ein deutsches Kampfflugzeug zwischen Kieuport und Dünkirchen zwei englische Short-Doppeldecker an, schoß den einen davon ab und zwang den anderen zur Flucht. Im Laufe des Vormittags stiegen drei unserer Kampfflugzeuge quer ab von Ostende auf ein überlegenes englisches Fluggeschwader, das sofort angegriffen wurde. Nach längerem Fluggefecht wurde der Gegner abgedrängt. Die eigenen Flugzeuge erlitten nur unbedeutende Beschädigungen und landeten sämtlich gesund.

### Vom U-Boot-Krieg.

Kristiania, 9. November. (W. Z. B.) Nach einer Mitteilung an das Ministerium des Reichens wurde der Dampfer „Lulea“ am 7. November von einem deutschen U-Boot von Kap Le Havre versenkt. Ein Boot mit dem Kapitän und drei Mann traf in Havre ein, das zweite Boot mit dem Steuermann, Maschinisten, Koch und zwei Heizern wird noch vermisst.

Hamburg, 9. November. (W. Z. B.) Der norwegische Dampfer „Bluto“, von Norwegen nach Frankreich bestimmt, ist mit Kohlen auf der Nordsee von einem deutschen Kriegsschiff angehalten und abends nach Hamburg aufgebracht worden.

London, 9. November. (W. Z. B.) Lloyd's meldet: Der britische Dampfer „Sunshine“ ist versenkt worden.

London, 10. November. (W. Z. B.) Der britische Dampfer „Sheldrake“ (2697 Bruttoregistertonnen) ist gesunken.

Kopenhagen, 9. November. (W. Z. B.) Die „Politiken“ meldet, wollen die dänischen Marinebehörden das Boot des deutschen Unterseebootes, das bei Harboøre gestrandet ist, näher untersuchen lassen. Eine Militärabteilung ist gestern in Harboøre eingetroffen. Es wird untersucht werden, welchen Schaden das Unterseeboot erlitten hat. Sobald sich der hohe Seegang gelegt hat, wird das Boot in Besitz genommen. Zeigt es sich, daß es nicht entern werden kann, soll es zerlegt werden, worauf die einzelnen Wrackstücke allmählich versandt können.

Kopenhagen, 9. November. (W. Z. B.) Die dänische Generalpostdirektion teilt mit: Vom dänischen Amerikadampfer „Sellig Cla“, auf der Reise von Kopenhagen nach New York, ist bei der Durchsicherung in Kirkwall die gesamte Brief- und Paketpost beschlagnahmt worden.

Amsterdam, 9. November. (W. Z. B.) Reuter meldet: Der britische Dampfer „Suffolk Coast“ (780 Bruttoregistertonnen) ist gesunken.

Basel, 10. November. (W. Z. B.) Der italienische Dampfer „Vertunno“ (3239 Bruttoregistertonnen) wurde am 30. Oktober versenkt.

Basel, 10. November. (W. Z. B.) Der italienische Dampfer „Fedelta“ (1906 Bruttoregistertonnen) wurde durch ein deutsches Unterseeboot im Mittelmeer versenkt.

### Ueberseepost mit U-Booten.

New York, 8. November. (Zuspruch des Vertreters von W. Z. B.) Bei Besprechung der Meldung, daß die Postdirektion bereit sei, den Vorschlag anzunehmen, Post nach Deutschland mit Unterseebooten zu schicken, sagt „New York World“ in einem Leitartikel: Geschwindigkeit gibt es nicht mehr, die schnellen Dampfer liegen in den Häfen oder dienen zu Truppentransporten, die langsameren Schiffe, die auf der Fahrt sind, können keine Geschwindigkeit garantieren, wenn sie gezwungen werden, britische Häfen anzulanden, um dort eine ungefähliche Zensur durchzumachen. Die „Deutschland“ würde die Geschwindigkeit der Briefe sehr vergrößern, die bisher drei bis vier Monate zur Reise zwischen Berlin und New York brauchen, wenn sie überhaupt ankommt. Als Kriegseinrichtung bietet das Unterseeboot einen Ausweg aus den Quälereien der Einmischung und aus den Verzögerungen. Es ist wohl wert, einen Versuch mit der „Deutschland“ zu machen.

## Die norwegische Antwortnote.

Berlin, 10. November. (W. Z. B.) Die Antwortnote der norwegischen Regierung auf den deutschen Protest in der Frage der Behandlung der Unterseeboote durch Norwegen ist im Auswärtigen Amt eingegangen. Die Note ist ein umfangreiches Dokument und liegt zurzeit der Beratung seitens der beteiligten Stellen der Reichsregierung vor.

## Russische Mobilmachung bedeutet Krieg gegen Deutschland.

In seiner Rede vor dem Reichshaushaltsausschuss erwähnte der Reichskanzler einen russischen Heeresbefehl von 1912, worin die Mobilmachung gleichzeitig die Kriegserklärung an Deutschland bedeute. Dieser Geheimbefehl wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht. Er lautet:

„Chef des Stabes  
des Warikauer Militärbezirks  
Sektion des General-Quartiermeisters  
Mobilisations-Abteilung  
30. September 1912  
Nr. 2450  
Stadt Warschau

Gilt

An den  
Kommandeur des VI. Armeekorps!

In Abänderung aller früher erfolgten Anordnungen bezüglich des operativen Teiles, teile ich Ihnen auf Befehl des Kommandierenden der Truppen nachstehende leitende Gesichtspunkte mit:

Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich auch die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist.

Die deutsche Armee kann bei voller Kriegsbereitschaft ihren Vormarsch im Räume der Baltischen Seen am 13. Tage der Mobilmachung beenden. Allerdings ist die Uberschreitung der Grenze durch die vorderen deutschen Korps schon am sechsten Tage vollkommen möglich.

Die bewaffneten Kräfte Rußlands werden in einige Armeen zerlegt, die vorher bestimmt sind zu Operationen gleichzeitig sowohl gegen Deutschland wie auch gegen Oesterreich-Ungarn.

Die Armeen, die vorher bestimmt sind für Operationen gegen Deutschland werden zu einer Gruppe zusammengestellt unter dem Kommando des Oberbefehlshabers der Gruppe der Armeen gegenüber der deutschen Front. Die 2. Armee, zu deren Bestand das VI. Korps gehört, tritt zur Gruppe der Armeen der Nord-West-Front. Der Stab des Oberbefehlshabers der 2. Armee befindet sich bis zum siebenten Tage der Mobilisation in Warschau, darauf in Wolkowisk.

Die allgemeine Aufgabe der Truppen der Nord-West-Front ist: Nach Beendigung der Konzentrierung, Uebergang zum Vormarsch gegen die bewaffneten Kräfte Deutschlands mit dem Ziele, den Krieg in dessen Gebiet hinüberzutragen. Die Aufgabe der 2. Armee ist: Verdeckung der Mobilisation und der allgemeinen Konzentrierung der Armeen. Den Raum Elyastod-Grodno muß die Armee auf jeden Fall in ihren Händen behalten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe versammelt sich die 2. Armee in der Front Sopotnik-Lomza. (Folgen Einzelanordnungen über Aufmarsch und Aufstellung der Divisionen, Transporte usw.) Zum Schluß wird auf die gewichtige hochpolitische Bedeutung der Anordnungen hingewiesen mit den Worten: „Der Inhalt dieser Anweisung bildet ein strenges Staatsgeheimnis.“

Es folgen die Unterschriften:

General-Leutnant Kijum  
General-Major Postowski  
Keltzer Adjutant Oberst Daler.

Dieser Befehl vom Jahre 1912 ist nicht aufgehoben worden, was mit dem bei Ausbruch des Krieges im Juli 1914 noch gültig; er ist zweifellos bei dem engen Zusammenarbeiten zwischen dem russischen und französischen Generalstab auch der französischen Regierung und durch diese auch der englischen bekannt gewesen, da während der letzten Jahre vor dem Kriege eine dauernde Verbindung zwischen dem französischen und englischen Generalstab bestand, was durch die häufigen Reisen des Generals French nach Frankreich auch äußerlich zum Ausdruck gekommen ist.

## Brusilow über die Kriegslage.

London, 9. November. (W. Z. B.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ im russischen Hauptquartier an der Südbestfront hat eine Unterredung mit General Brusilow gehabt, der unter anderem sagte, die Russen hätten den Höhepunkt ihrer Macht noch nicht erreicht. Sie würden ihn erst im nächsten Jahre erreichen. Die Niederlagen Rumäniens hätten nicht die geringste Bedeutung. Die geringfügigen Fortschritte des Feindes in der Dobrußa seien zwar bedauerlich, würden aber die größeren Kriegszweige nicht beeinflussen. Ernst wäre die Lage gewesen, wenn es den Deutschen gelungen wäre, über die Karpaten in Rumänien einzufallen. Rumänien müsse einsehen, daß seine Fehlschläge nur untergeordnete Kriegszwischenfälle seien, und daß es das große Rußland hinter sich habe.

## Schwedens Sperre gegen Finnland.

Stockholm, 10. November. (W. Z. B.) Mit Wirkung vom 30. November hat die schwedische Regierung besondere Bestimmungen zur Einhaltung der Ausfuhrverbote an der Grenze nach Finnland erlassen. Diese Bestimmungen bedeuten eine verschärfte Kontrolle über den Handel mit gewissen Waren, für den sich die gewöhnliche Kontrolle als unzureichend erwiesen hat. Zu solchen Waren gehören vor allem Arzneimittel, verschiedene Chemikalien und Farbstoffe sowie Waffen, Munition und anderes Kriegsmaterial.

## Die Volksabstimmung in Dänemark.

Kopenhagen, 10. November. Folkething und Landsting setzten gestern endgültig die Volksabstimmung über den Verkauf der Westindischen Inseln auf den 14. Dezember fest.

## Sarrail Salonikimüde?

Aus Basel wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Nach Andeutungen der französischen Presse sind neue Meinungsverschiedenheiten zwischen General Sarrail und der französischen Regierung aufgetaucht. Die Reise des Kriegsministers Roques nach Saloniki hängt mit diesen Meinungsverschiedenheiten zusammen. Allem Anschein nach hat General Sarrail diesmal selbst seine Demission angeboten, weil er die zur Fortsetzung seiner Offensive für nötig erachteten Verstärkungen nicht erhalten kann.

Nach einer Meldung des „Temps“ aus Saloniki erklärte General Paraskevopoulos, der Kommandant der griechischen Armeen in Mazedonien: Die revolutionäre Armee wird bis zum nächsten Frühjahr Zeit haben, ihren Bestand zu organisieren, da der Winter nicht für Operationen geeignet sei. Nachdem Sarrail seine Offensive zuerst wegen des Sommers und des Sumpffiebers verschoben hat, scheint man nunmehr die Ohnmacht der Salonikierarmee mit dem Winter entschuldigen zu wollen.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 10. November 1916. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei günstigen Beobachtungsverhältnissen war an vielen Stellen der Front die beiderseitige Feuerstätigkeit lebhaft. Im Sommergebiet erfolglose feindliche Zeilangriffe bei Courcourt, bei Guedecourt, bei Lesboeuß und Pressoire. Stärkere französische Kräfte gingen beiderseits von Sailly vor; sie wurden, zum Teil im Nahkampf, abgeschlagen.

Die Flieger setzten ihre tagsüber sehr rege Tätigkeit in der mondhellsten Nacht fort. In den zahlreichen Luftkämpfen haben wir im ganzen 17 feindliche Flugzeuge, die Mehrzahl beiderseits der Somme, abgeschossen. Unsere Geschwader wiederholten ihre wirkungsvollen Angriffe auf Bahnhöfe, Truppen- und Munitionslager, besonders im Raume zwischen Peronne und Amiens.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Unter Führung des Generalmajors v. Woyna führten brandenburgische Truppen und das Infanterie-Regiment Nr. 401 in der Gegend von Skrobowa in etwa 4 Kilometer Breite mehrere russische Verteidigungslinien und warfen den Feind über den Skrobowa-Bach zurück. Unseren geringen Verlusten stehen bedeutende blutige Opfer des Feindes und eine Einbuße an Gefangenen von 49 Offizieren 3380 Mann gegenüber. Die Beute beträgt 27 Maschinengewehre, 12 Minenwerfer. Der Russe hat auch hier wieder eine schwere Niederlage erlitten.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Unsere Angriffe im Smergho-Gebirge nahmen einen günstigen Fortgang. Gelände, das in den seit dem 4. November hier im Gange befindlichen Kämpfen verloren gegangen war, wurde bereits fast vollständig zurückgewonnen.

Im Predcal-Abchnitt wurden westlich von Azuga neue Fortschritte gemacht und rumänische Gegenangriffe beiderseits der Passstraße abgeschlagen. 188 Gefangene und 4 Maschinengewehre blieben in unserer Hand.

Beiderseits des Alt-erfolgreiche Gefechte, in denen sich neben bayerischer Infanterie und österreichisch-ungarischen Gebirgstruppen auch unser Landsturm besonders auszeichnete.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Seceresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen.

Bei Giurgiu erbeuteten Monitore 2 rumänische mit Petroleum beladene Schleppe.

An der Dobrußa-Front keine wesentlichen Ereignisse.

### Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. November 1916. (W. Z. B.) Amlich wird veröffentlicht:

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seceresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Westlich der Balkanpassstraße blieben rumänische Angriffe erfolglos. Beiderseits des Alt-Tales und südwestlich von Predcal gewannen die verbündeten Truppen erneuert Gelände, warfen den Feind in Stürmen aus seinen Stellungen und behaupteten diese gegen feindliche Gegenangriffe. 188 Gefangene und 4 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Auch im Smergho-Gebirge macht unser Angriff günstige Fortschritte.

Seceresfront des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Skrobowa führten deutsche Truppen in etwa 4 Kilometer Breite mehrere russische Verteidigungslinien und warfen den Feind über die Niederung zurück. Außer großen blutigen Verlusten verloren die Russen 49 Offiziere, 3380 Mann an Gefangenen, 27 Maschinengewehre und 12 Minenwerfer wurden erbeutet.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Monitore der 1. und 2. Donauflottille erbeuteten bei Giurgiu zwei rumänische mit Petroleum beladene Schleppe.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.

### Südbölicher Kriegsschauplatz.

An der Bojusa-Front gesteigerte feindliche Artillerietätigkeit. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.  
v. Döcker, Feldmarschallleutnant.

## Der Ententetrust gegen die Schweiz.

Bern, 10. November. (Z. U.) Der „Berner Bund“ macht die Aufsehen erregende Mitteilung, daß die S. S. S., der von der Entente geschaffene Einfuhrtrust, in einem Rundschreiben an alle Syndikate die Bestimmung ausgestellt hat, daß S. S. S.-Waren zur Ausfuhr einer Bewilligung der S. S. S. bedürfen, gleichviel, ob sie unter dem bundesrätlichen Ausfuhrverbot stehen oder nicht. Die Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie hat bereits in einer Eingabe an den Bundesrat nachdrücklich gegen diese Neuerung protestiert, die auch eine unerträgliche Ausdehnung der Handelsespionage mit sich bringen müßte.

## Frankreichs Jahrgang 1918.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) „Temps“ zufolge hat der radikale Abgeordnete Abel Ferry, Berichterstatter für die Regierungsvorlage betreffend die Ausmusterung des Jahrgangs 1918, in einer gemeinsamen Sitzung der vier großen parlamentarischen Kommissionen beantragt, die Vorlage bis auf weiteres zu vertagen. Die Begründung des Antrages ist von der Zensur gestrichen worden.

## Indischer Ruf nach Autonomie.

London, 8. November. (W. Z. B.) Neuntermeldung. Neunzehn eingeborene Mitglieder des Kaiserlichen Gesetzgebenden Rates von Indien haben dem Vizekönig eine Denkschrift überreicht, in der sie Reformvorschläge machen, die nach dem Kriege ausgeführt werden müßten, wenn nicht eine bittere Enttäuschung eintreten sollte. Die Denkschrift fordert, daß in den Regierungskollegien (Executive Councils) die Hälfte der Mitglieder Indier seien. In den gesetzgebenden Beiräten (Legislative Councils) solle die Mehrheit aus gewählten Vertretern bestehen. Indien müsse fiskalische Autonomie erhalten und auf gleiche Stufe mit den autonomen Kolonien gestellt werden, und die Indier müßten hinsichtlich des Rechts, Waffen zu tragen, und des Anspruchs auf Offiziersstellen in der Armee, ebenso behandelt werden, wie die Europäer.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Genf, 9. November. (Habas.) Der französische Minister des Innern hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den Gastwirtschaften und ähnlichen Betrieben des Departements Seine eine Steuer von über 5 Francs pro Kopf auferlegt wird. Das Ergebnis der neuen Steuer wird für Kriegszwecke bestimmt werden. Ähnliche Steuern werden außerdem von den Gemeinden auferlegt werden können.

Genf, 9. November. (Habas.) Der französische Finanzminister Ribot hat in der Kammer mitgeteilt, daß die Anleihe 11 Milliarden 300 Millionen Frank ergeben habe.

Rom, 10. November. Stefanimeldung. Marquis Salvago ruggi ist zum italienischen Vizekonsul in Paris ernannt worden.

Kopenhagen, 10. November. (W. Z. B.) „Nationaltidende“ zufolge hat die schwedische Handelskommission wegen des Schiffsmangels in Schweden und wegen der hohen Kohlenfrachten von England beschloffen, in Zukunft den schwedischen Schiffen die Erlaubnis zu verweigern, Frachtfahrten für Norwegen, Dänemark oder Finnland anzunehmen.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) Dem „Temps“ zufolge ist die Patronenfabrik Sevres durch Explosion vollkommen zerstört worden.

## Letzte Nachrichten.

Wegen eines größeren Brandes wurde am Freitagabend die Berliner Feuerwehrt nach der Rosenthaler Straße 63, Ecke der Pulad- und Kleinen Rosenthaler Straße gerufen. Dort stand der Keller in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Vorräte und Borräten der Ladeninhaber so reiche Nahrung gefunden, daß die Feuerwehrt mit mehreren Schlauchleitungen längere Zeit Wasser geben mußte. Das Haus war eine Weile so verqualmt, daß überall Luft gemacht werden mußte. Die Entstehung des Feuers wird auf Fahrlässigkeit zurückgeführt. Der Schaden ist bedeutend und soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken.

## Ein Kriegsruf an die Polen.

Lublin, 8. November. (W. Z. B.) Das Verordnungsblatt des Militärgouvernements für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet in Polen veröffentlicht folgende von den beiden Generalgouverneuren General v. Wefeler und Feldzeugmeister Ruf, unterzeichnete Proklamation: An die Bewohner des Generalgouvernements Lublin und Warschau. Die Herrscher der verbündeten Mächte Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben Euch ihren Entschluß kundgetan, aus den von der russischen Zwangserschaft betroffenen polnischen Ländern ein neues selbständiges Königreich Polen aufzurichten. Euer heiliger, mehr als ein Jahrhundert hindurch vergeblich gehegter Wunsch wird dadurch erfüllt. Der Ernst und die Gefahr dieser schweren Kriegszeit und die Fürsorge für unsere vor dem Feinde stehenden Heere zwingen uns einstweilen, die Verwaltung Eures neuen Staates noch selbst in der Hand zu behalten. Wenn aber wollen wir ihm mit Eurer Hilfe schon jetzt allmählich die staatlichen Einrichtungen geben, die seine feste Begründung, seinen Ausbau und seine Sicherheit verbürgen sollen. Dabei steht allem voran ein polnisches Heer.

Nach ist der Kampf mit Rußland nicht beendet. Es ist Euer Wunsch, daran teilzunehmen. Es treten denn freiwillig an unsere Seite, um unseren Sieg über Euren Unterdrücker vollenden zu helfen. Tapfer und mit hoher Auszeichnung haben Eure Brüder von der polnischen Legion neben und gefochten. Tut es ihnen gleich in neuen Truppenkörpern, die dereinst mit jener vereint das polnische Heer bilden sollen. Es wird Euren neuen Staat festhalten und ihm Sicherheit nach außen und innen gewähren. Unter den von Euch über alles geliebten Farben und Fahnen Eurer Heimat sollt Ihr Euer Vaterland führen. Wir lernen Euren Haß und Eure glühende Vaterlandsliebe und rufen Euch auf zum Kampf an unserer Seite. Sammelt Eure wehrhaften Männer nach dem Beispiel der tapferen polnischen Legion. Legt zunächst in gemeinsamer Arbeit mit dem deutschen und dem ihm verbündeten österreichisch-ungarischen Heere den Grund zu einem polnischen, in dem die ruhmvollen Ueberlieferungen Eurer Kriegsgeschichte in der Treue und Tapferkeit Eurer Krieger wieder lebendig werden.

## Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) Nach einem Telegramm des „Petit Journal“ aus Bukarest geht dort ein Bericht um, wonach das russische Kriegsschiff „Imperatrice Maria“ nach einer Explosion untergegangen ist.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) Nach einem Telegramm des „Petit Parisien“ aus Toulon hat der Marineminister eine gerichtliche Untersuchung über den Verlust nachstehender Schiffe angeordnet: „Porcenne“, versenkt durch den Dampfer „Galila“, keiner Kreuzer „Rigel“, versenkt durch ein feindliches U-Boot, Kanonenboot „Saint Louis 4“, versenkt durch einen englischen Dampfer.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) Wie „Temps“ meldet, ist der norwegische Kohlendampfer „Furuland“ versenkt worden.

## Ein holländischer Postdampfer aufgebracht.

Amsterdam, 10. November. (W. Z. B.) Der Postdampfer „Koningin Regentes“, der heute früh um sechs Uhr von hier ausgefahren war, ist nach Zebrügge aufgebracht worden. Die Aufbringung erfolgte ungefähr um 11 Uhr, um welche Stunde der Dampfer sich dicht beim Nordhinder Leuchtschiff befunden haben dürfte. An Bord befanden sich 98 Passagiere; 19 davon waren englischer Nationalität, darunter zwei Kriegsgefangene aus Groningen und acht Internierte aus Kehlheim. 25 waren Belgier und zwei Italiener. Ferner waren der englische, der belgische und der amerikanische Kurier an Bord.

## Der Fall des „Blommesteid“.

Haarlem, 10. November. (W. Z. B.) Der Dampfer „Abdam“ der Holland-Amerika-Linie ist mit dem Kapitän, den Offizieren und der Mannschaft des versenkten holländischen Dampfers „Blommesteid“ hier angekommen. Der Kapitän und die Offiziere haben vor Marineoffizieren, die an Bord des „Abdam“ kamen, Erklärungen abgelegt.

## Frankreichs Kriegsausgaben.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) „Temps“ zufolge enthalten die Budgetmittel für das dritte Quartal 1917 neben 8,5 Milliarden ordentlichen Ausgaben 600 Millionen außerordentliche Ausgaben. Der Monatsdurchschnitt für die eigentlichen Kriegsausgaben beträgt 2846 Millionen.



**Zürsorge für Kriegerfamilien.**

Von Paul Hirsch.

Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird naturgemäß die Lage der Familien der zum Heere eingezogenen Mannschaften. Nicht nur, daß ihre geringen Ersparnisse aufgezehrt sind, haben sie auch von Tag zu Tag mehr unter der zunehmenden Verteuerung aller Lebensmittel zu leiden. Von diesen Erwägungen ausgehend hat der Reichstag in seiner letzten Sitzung beschlossen: 1. daß die Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer im Monat Dezember 1916 in doppelter Höhe aus Reichsmitteln gewährt, 2. daß die Reichsmindestsätze für Ehefrauen auf 20 M. und für jede sonst unterstützungsberechtigte Person auf 10 M. monatlich erhöht werden sollen und 3. daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird, nach der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, aus ihren Mitteln Zuschläge bis zur Behebung der Bedürftigkeit zu gewähren und daß sie zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Aufsichtsbehörden angehalten werden.

Zum besseren Verständnis dieses Beschlusses muß man sich vor Augen halten, daß das Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften zwar Mindestsätze vorsieht, unter die nicht heruntergegangen werden darf, sobald im einzelnen Falle das Bedürfnis zur Verabreichung einer Unterstützung überhaupt anerkannt worden ist, daß aber im übrigen die Verpflichtung der Gemeinden, in den Fällen des Bedürfnisses das über die Beträge hinaus Erforderliche zu verabreichen, daneben besteht. Nach der Begründung des Gesetzesentwurfs handelt es sich leider nicht darum, Beträge auszuwerfen, welche den vollständigen Unterhalt der zu unterstützenden Personen sicherstellen sollen.

Die Mindestsätze sind im Laufe des Krieges schon einmal erhöht worden. Während sie durch die Novelle vom 4. August 1914 für Ehefrauen auf 9 M. in den Sommermonaten und 12 M. in den Wintermonaten, für jede sonst unterstützungsberechtigte Person auf 6 M. monatlich festgesetzt wurden, betragen sie seit dem 1. November 1915 für Ehefrauen 15, für die übrigen Personen 7,50 M. monatlich. Mit dieser Erhöhung ist die Regierung hinter dem zurückgeblieben, was der Reichstag im Frühjahr 1915 beschlossen hatte, denn in dem Gesetzesentwurf, den er damals der Regierung als Material überwies, waren Sätze von 20 bezw. 10 M. vorgesehen.

Auch sonst hat das Gesetz, das auf einen Krieg von so langer Dauer und von so gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungen nicht zugeschnitten ist, wiederholte Änderungen erfahren. Nicht nur, daß der Kreis der Mannschaften, deren Familien im Falle der Bedürftigkeit eine Unterstützung erhalten sollen, ausgedehnt ist auf Mannschaften, die ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht erfüllen, auf Kriegsfreiwillige und auf Reichsangehörige, die an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhindert oder vom Feinde verschleppt worden sind, ist auch der Kreis der Personen, die Anspruch auf Unterstützung haben, erweitert worden auf elterlose Enkel, Stiefeltern, Stiefgeschwister, Stiefkinder, schuldlos geschiedene Ehefrauen, uneheliche mit in die Ehe gebrachte Kinder der Ehefrau, auch wenn der Ehemann nicht der Vater ist, Pflegselttern und Pflegsfinder. Ferner ist der Begriff der Bedürftigkeit fester umgrenzt worden. Nach dem Beschluß des Reichstages sollten als anspruchsberechtigt jene Angehörigen angesehen sein, deren Unterhalt bisher im wesentlichen von dem Einkommen aus der Arbeit des zur aktiven Dienstleistung Herangezogenen nachweisbar abhängig war, und ferner die Angehörigen der selbständigen Gewerbetreibenden und Landwirte, die regelmäßig nicht mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen. Soweit ist die Regierung nun nicht gegangen, aber immerhin hat sie die Bestimmung getroffen, daß Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes stets anzunehmen und wenigstens der Mindestsatz zu zahlen ist, wenn nach der letzten Steuerveranlagung das Einkommen des in den Dienst Eingetretenen und seiner Familie in den Orten der Tarifklasse E 1000 M. oder weniger, in den Orten der Tarifklassen C und D 1200 M. oder weniger, in den Orten der Tarifklassen A und B 1500 M. oder weniger beträgt.

Trotz dieser Änderungen weist das Gesetz noch genug Mängel auf, deren Beseitigung unumgänglich notwendig ist. Der Reichstag hat durch seinen Beschluß selbst zu erkennen gegeben, daß auch dann, wenn die Regierung die Mindestsätze in dem von ihm gewünschten Sinne erhöht, nach wie vor Zuschläge der Gemeinden erforderlich sein werden. Ob eine entsprechende Bestimmung ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen wird oder nicht, erscheint uns Nebensache. Hauptsache ist, daß die Aufsichtsbehörden die Gemeinden anhalten, im Sinne des Gesetzgebers vorzugehen. An Erlassen, die die untergeordneten Organe verpflichten, in jedem einzelnen Falle die Verhältnisse wohlwollend und nicht etwa nach den Grundätzen der Armenpflege zu prüfen, hat es nicht gefehlt, aber nicht immer und nicht überall ist nach diesen Grundätzen verfahren worden. Wir sind die letzten, die die Aufwendungen mancher Gemeinden, insbesondere der großen Städte, aber auch zahlreicher kleiner und mittlerer Städte, verkleinern wollen. Wir erkennen unumwunden an, daß mehr als eine deutsche Gemeinde Musterbildliches in der Kriegszürsorge geleistet hat, ohne Rücksicht darauf, daß ihre Etats dadurch auf Jahre hinaus erheblich belastet werden. Aber auf der anderen Seite fehlt es auch nicht an solchen Gemeinden — das gilt insbesondere von ländlichen — die sich mit der Zahlung der Reichsmindestsätze begnügen, ja oft genug in Widerspruch zu dem Gesetz die Mindestsätze nicht einmal für alle, sondern nur für einzelne Personen einer Familie gewähren, unbekümmert darum, daß ausdrücklich bestimmt ist, daß die Unterstützungen einheitliche Leistungen für die einzelnen Familien sind und nicht wahlweise für die Ehefrauen oder die Kinder bewilligt werden können, sondern daß, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit einmal anerkannt ist, wenigstens die Mindestsätze sowohl den Ehefrauen als auch den Kindern gewährt werden müssen. Ein solches gegen das Gesetz verstößendes Verfahren der Gemeinden ist um so schärfer zu verurteilen, als ihnen etwa ein Drittel ihrer eigenen Aufwendungen vom Reich erstattet werden, wozu in dem größten Teile Deutschlands noch die gleiche Summe aus Staatsmitteln gewährt wird, so daß die Gemeinden aus eigenen Mitteln nur einen Bruchteil zu zahlen haben. Angesichts dieser Zustände verdient der Beschluß des Reichstages unsere volle Billigung. Vielleicht hätte der Reichstag weitergehen und entsprechend

dem sozialdemokratischen Antrage die Gemeinden verpflichten können, Zuschläge in Höhe von mindestens 50 Proz. zu den Reichsmindestsätzen zu gewähren. So sehr ein solcher Beschluß zu begrüßen wäre, so darf man doch andererseits nicht verkennen, daß er die Gefahr in sich schließt, daß dann auch solche Gemeinden, die heute schon 100 und mehr Prozent Zuschlag gewähren, sich dadurch verleiten lassen könnten, in Zukunft die Grenze von 50 Proz. nicht zu überschreiten. In der Praxis kommt es weniger darauf an, daß die Zuschläge bestimmt normiert werden, als vielmehr darauf, daß die Organe der Gemeinde von sozialem Geiste erfüllt sind. Wo dieser Geist herrscht, haben die Gemeinden bisher schon ihre Pflicht erfüllt, wo es an sozialer Einsicht fehlt, werden auch die schönsten Beschlüsse nichts nützen.

Wenn die Regierung, wie wir hoffen, dem Beschluß des Reichstages Folge leistet und die Sätze erhöht, dann muß natürlich in erster Linie dafür gesorgt werden, daß die höheren Unterstützungen auch wirklich den Familien der Kriegsteilnehmer zugute kommen, nicht aber zu Ersparnissen bei den Aufwendungen der Gemeinden verwandt werden. Diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Es gibt nämlich eine Reihe von Gemeinden, die keine Zuschläge in bestimmter Höhe zu den Reichsmindestsätzen zahlen, sondern sogenannte Bedarfsätze festgelegt haben, die nach ihren Ermittlungen zum Unterhalt einer Familie ausreichen sollen. Wo das der Fall ist, zahlen die Gemeinden aus eigenen Mitteln so viel hinzu, daß die Bedarfsätze erreicht werden. Ist z. B. der Bedarf für eine einzelstehende Frau — abgesehen von der Wohnraumkosten — auf 20 M. monatlich bemessen, so zahlt die Gemeinde heute zu dem Reichsmindestsatz von 15 M. noch 5 M. aus eigenen Mitteln hinzu. Wird nun der Reichsmindestsatz auf 20 M. erhöht und die Gemeinde würde sich mit der Zahlung von 10 M. begnügen, anstatt die von ihr ermittelten Bedarfsätze entsprechend zu erhöhen, so würde das ein ganz offenkundiger Verstoß gegen den Sinn des Reichstagsbeschlusses sein. Die Regierung müßte deshalb, um solchen Mißbräuchen zu begegnen, von vornherein entsprechende Anweisungen an die Gemeinden ergehen lassen und auf strenge Durchführung derselben halten.

Wir verkennen nicht die schwierige Lage mancher Gemeinden, die ja nicht nur aus eigenen Mitteln Zuschüsse zu leisten, sondern auch die Reichsmindestsätze vorläufig aus ihrer Tasche auszuliegen haben. Zwar wird ihnen aus Grund des § 12 des Gesetzes hierfür Entschädigung aus Reichsfonds gewährt, aber der Zeitpunkt der Zahlung dieser Entschädigung wird durch ein Spezialgesetz des Reiches bestimmt. Nach dem abgelehnten Antrage der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sollte die Rückzahlung der von den Gemeinden bis zum 1. Februar 1916 geleisteten Unterstützungen bis spätestens zum 1. Februar 1917 erfolgen. Da die Reichsmindestsätze bis zum 30. Juni bereits die Höhe von rund 2 Milliarden Mark erreicht hatten und seit dieser Zeit infolge der größeren Zahl von Einberufungen sich nicht verringert, sondern noch vermehrt haben, so kann man mit einer Ausgabe von mindestens 2½ Milliarden rechnen. So sehr wir es auch im Interesse der Gemeinden begrüßen würden, wenn sie ihre verauslagten Gelder möglichst bald zurückerhielten, so dürfen wir doch andererseits auch die schwierige Finanzlage des Reiches nicht verkennen. Bis zu einem gewissen Grade hat die Regierung dem Antrage ja schon vorher Rechnung getragen, indem sie den Gemeinden 25 Proz. der bis zum 30. Juni 1916 verauslagten Summen zurückerstattet beschlossen hat.

Auch wenn die Beschlüsse des Reichstages Gesetz werden, ist noch keineswegs allen Bedürfnissen entsprochen worden, das Gesetz ist vielmehr auch dann noch in mancher Beziehung verbesserungsbedürftig. Das gilt einmal für die Bestimmung des § 11, wonach die Familien solcher Personen, die sich der Fahnenflucht schuldig machen oder durch gerichtliches Erkenntnis zu Gefängnisstrafe von längerer als sechsmonatiger Dauer oder zu einer härteren Strafe verurteilt werden, der Unterstützung verlustig gehen. Eine weitere Härte liegt darin, daß die Unterstützungen nur bis zur Entlassung aus dem Heeresdienste gezahlt werden. Auch dann, wenn der Entlassene nicht sofort wieder Arbeit findet, hat seine Familie keinen Anspruch auf Unterstützung, sie gerät also in die bitterste Not und fällt unter Umständen der Armenpflege anheim. Es wäre wirklich nicht zu viel verlangt, wenn gesetzlich festgelegt würde, daß die Unterstützungen mindestens noch einen Monat nach der Entlassung zu zahlen sind. Eine fühlbare Lücke ist es, daß nur die Familien der Eingezogenen, nicht aber die Eingezogenen selbst vom Reiche unterstützt werden. Die Folge davon ist, daß zahlreiche kleine selbständige Existenzen, die keine Angehörigen besitzen, durch ihre Einberufung wirtschaftlich völlig zugrunde gerichtet werden. Um ihnen ihre Existenz zu erhalten, zahlen manche Gemeinden in solchen Fällen schon Renteibeißen auch für Junggefelln, aber das ist nur ein kleiner Notbehelf.

Wir wollen wünschen, daß die Regierung nicht nur den Beschlüssen des Reichstages Folge leistet, sondern daß sie darüber hinaus aus eigener Initiative das Familienunterstützungsgesetz so gestaltet, daß es wirklich den berechtigten Anforderungen der Kriegsteilnehmer entspricht, damit das Wort des preussischen Ministers des Innern zur Wahrheit werde, daß von den Angehörigen der vor dem Feinde stehenden Familienväter alles ferngehalten werden muß, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auszulösen geeignet ist.

**Das neue Polen.**

Die Polenfrage vor dem Landtag?

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ recht hat, wollen die Konservativen im Landtag Rechenschaft über die polnische Proklamations fordern. Das Blatt antwortet nämlich dem „Veigs. Tagebl.“, das empfohlen hatte, der Landtag möge sich mit der Sache nicht befassen:

Wir möchten es doch für unwahrscheinlich halten, daß der Landtag der preussischen Monarchie in einer Lebensfrage des preussischen Staates eine solche Verantwortlichkeit spielen könnte; und wir glauben auch kaum, daß der Gewährung des Leipziger Bittes die Vollmacht besitzt, die Öffentlichkeit auf eine Abankungsurkunde des preussischen Landtages vorzubereiten.

Wenn man diese Verhandlung nicht in geheime Ausschüsse verlegt, werden wir ja bald sehen, ob es sich dabei

nur um die fernere Zuweisung polnischer Landarbeiter oder um mehr handeln wird.

**Der Ostmarkenverein.**

Zur Proklamtion des Königreichs Polens rekrutiert der Hauptverband des Deutschen Ostmarkenvereins:

„Mit dieser neuen Aufgabe muß der Deutsche Ostmarkenverein rechnen und seine fernere Tätigkeit darauf einrichten. Er hält den Zeitpunkt für eckläufige und kritische Betrachtungen jetzt nicht für geeignet. Die Art seiner Arbeit wird wesentlich davon abhängen, in welcher Weise das Polentum innerhalb und außerhalb unserer Grenzen die großen Pflichten anerkennt, die ihm aus der unergieblichen Gabe erwachsen, die Deutschland ihm heute mit seinen Verbündeten als das Ergebnis namenloser Opfer bietet. Wir dürfen in Deutschland die bestimmte Erwartung hegen, daß die Polen nach solcher Erfüllung ihrer höchsten Wünsche denjenigen Forderungen werden gerecht werden, die Deutschland im Interesse seiner militärischen Sicherheit und seiner einheitlichen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung stellen muß, und daß unsere polnischen Mitbürger dem Nationalitätenrecht in unseren Ostmarken dadurch ein Ende bereiten, daß sie sich auf dem Boden der geschichtlich gegebenen Verhältnisse stellen und an der gemeinsamen Wohlthat des Reiches mitarbeiten. Je ungewöhnlicher die dieser Erkenntnis in Wort und Tat Ausdruck geben, desto schneller wird dieses Ziel erreicht werden, und um so reicher wird sich die Zukunft gestalten, die dem neuen Staat erblassen kann.“

Wenn ein Kampf eingeleitet werden soll, so kommt es natürlich immer auf beide Teile an.

**Zentrum und Polenfrage.**

Der Berliner Vertreter der „Königlichen Volkszeitung“ schließt eine Betrachtung über die „Staatsverdingung Polens“, die wir in der Nummer 301 vom 9. November finden, wie folgt:

„Wir in Deutschland aber werden bedenken müssen, daß Polen ein um so härterer Grenzwall gegen Osten bleibt, je besser wir mit Polen fehen und je mehr wir für sein Erstarken und Wachsen tun. „Gatolismus“, um dieses schon unangenehm empfundene, hoffentlich der Vergangenheit angehörende Wort der Kürze wegen, wir möchten wünschen ein letztes Mal, zu gebrauchen, ist in Zukunft ebensowenig nützlich und möglich, wie der alles neugiernde Radikalismus der Wahrheit unserer Polen in Deutschland. Neues Leben soll aus den Ruinen blühen! Wir in Deutschland müssen unter unsere bisherige offizielle Polenpolitik einen Strich machen, wie auch die radikalen Polen mit ihrem gerischen, negierenden und nur kritizierenden Radikalismus der Vergangenheit brechen müssen. Die radikalen Polen Deutschlands müssen bedenken, wie leicht es kommen könnte, daß ihre Brüder im Königreiche Polen die Schweden bezahnen müssen, die sie etwa in Deutschland und sonst in der Welt einwerfen.“

In diesen Sätzen sind die ganzen Erwartungen niedergelegt, die der deutsche Merikalismus an das künftige Verhältnis des neuen Polen zu Deutschland knüpft. „Je besser wir mit den Polen fehen...“ Die Polen sind ein erzkatholisches Volk, dessen Nationalismus sich vorwiegend an die Kirche anlehnt. Sie folgen ihren priesterlichen Führern mit der ihnen emergenten Ergebenheit. Anderen Einflüssen ist die Masse des Volkes besonders unbedwillig nicht sonderlich ausgefetzt, weil die Polen zu etwa achtzig Prozent des Lebens nicht kundig sind. Das künftige Verhältnis Deutschlands zu dem neuen polnischen Staat wird also sehr abhängig sein von der katholischen Kirche, von der Stimmung ihrer Hierarchie. Und daraus ergibt sich, daß Preußen-Deutschland viel mehr Wert als bisher zu legen hat auf ein gutes Verhältnis zum Merikalismus. Ein solches ist aber nur zu haben auf Grund von neuen Zugeständnissen auf den für das Zentrum wichtigsten Gebieten: Schulpolitik und „partialisches“ Verhältniß zum katholischen Volke bei der Befegung der Beamter und Stellen im Reich, Staat und Gemeinde, angefangen vom Reichswächter und endend bei den Spitzen der Reichsämter und bundesstaatlichen Ministerien. Aus dem einen Herilling müssen Herillings werden.

In früheren Jahren hat das Zentrum mit den polnischen Reaktionen des Reichs- und des preussischen Landtages gute Waffenbrüderschaft gehalten. Damals erhielt die „Königliche Volkszeitung“ den Spottnamen „Gazeta Wachsenka“. Das wurde anders mit der Radikalisierung der Deutsch-Polen als Folge der trotz eines Aufwandes von mehr als einer halben Milliarde gänzlich fehlgeschlagenen Ostmarkenpolitik. Die Germanisierungs- und Protektionisierungsbestrebungen im Osten Preußens haben nur eine nationalistische und wirtschaftliche Stärkung des Polentums und seine beispiellose politische Radikalisierung herbeigeführt. Damit aber verschlechterte sich von Jahr zu Jahr das Verhältnis der Polen zum Zentrum, bis es schließlich in heilloser Feindseligkeit ausartete, wie es sich bei Wahlen, parlamentarischen Aktionen und im Zeitungskriege oft genug auf dem Fernstehenden geoffenbart hat. Der Einfluß des Zentrums auf die katholischen Polen sank bis in die Nähe des Gefrierpunktes.

Von den neuen Dingen erhofft das Zentrum eine grundlegende Besserung, weil es glaubt, daß durch die nunmehr völlige Ausfichtslosigkeit der großpolnischen Ziele und infolge des unabwiesbaren Verschwindens der Galatienpolitik der radikalpolnischen Agitation der Boden entzogen werde. Das Zentrum steht deshalb sowohl parteipolitisch wie innerpolitisch garzeit den Himmel voller Geigen.

Der Erzbischof von Posen-Gnesen, Dr. Dallwat, hat dem Kaiser für die Wiederherstellung des selbständigen polnischen Königreiches telegraphisch gedankt. Er hofft zuversichtlich, daß der Entschluß „seine geschichtliche Mission erfüllen wird, ein Schulwall der abendländischen Kultur und Träger des katholischen Gedankens im Osten zu sein“. Der Kaiser hat für diese Kundgebung gedankt: „Sie soll mir in diesem historischen Augenblick eine Gewähr dafür sein, daß der gefasste Entschluß zum Segen des Deutschen Reiches und des neuen Staates, wie zur dauernden Sicherung der europäischen Kultur gereichen wird.“

**Petersburger Merger.**

Die offizielle Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: „Sämtliche Mitglieder der Duma, sowohl die russischen wie die polnischen, haben das von Deutschland und Oesterreich-Ungarn veröffentlichte Manifest betreffend die Wiederherstellung Polens mit lobhafter Billigung aufgenommen.“

In einer gestern abgehaltenen Versammlung des Slawischen Hilfsvereins in Petersburg wurde nach warmen Ansprachen der anwesenden Polen und Russen eine Entschädigung angenommen, die den Schritt Deutschlands und Oesterreich-Ungarns als einfache Herausforderung bezeichnet.

Diese Betonung der polnischen Entschädigung ist zu auffällig, als daß man die Sache nicht erkennen würde.

## England über Polen.

London, 10. November. (B. Z. B.) „Times“ schreibt über Polen: Man muß sich erinnern, daß die Polen seit der deutschen Okkupation von allen Nachrichten über den Fortgang des Krieges abgeschnitten sind. Sie stehen seit Monaten unter der deutschen eisernen Verwaltung. Sie wissen, was ihre Tyrannen von ihnen erwarten und einige mögen es für zweckmäßig halten, eine Unterwürfigkeit zu heucheln, die sie im Herzen verabscheuen. Die Deutschen und ihre Verbündeten, die russischen Reaktionen, werden natürlich eine solche Verstellung bis zum äußersten ausnützen, aber wir vertrauen, daß die anderen russischen Parteien so einsichtig und edelmütig sind, daß sie auf die Ausflüchte Rücksicht nehmen, zu denen die polnischen Brüder gezwungen werden könnten. Sicher ist, daß in ihren Augen wie in den Augen Europas und Amerikas die Proklamation des Großfürsten Nikolaus die Verfassungsurkunde aller polnischen Völker bleibt.

Die Wochenchrift „Truth“ schreibt: Wird jedermann, wenn es zu einer Auseinandersetzung kommt, den Vorschlag machen, daß Polen, das Deutschland unabhängig machen will, an Rußland zurückgegeben werden soll? Werden Frankreich und England einen solchen Vorschlag unterstützen? Der schlaue Deutsche hat einen hübschen Jantapfel für die Alliierten hingeworfen.

„Morning Post“ schreibt: Rußland kann sicher sein, daß solange ein Fußbreit russischen Bodens von den Deutschen besetzt ist, England und die anderen Verbündeten Rußlands nichts von einem Ende des Krieges hören wollen.

„Westminster Gazette“ erklärt: Es würde uns sehr überraschen, wenn die polnischen Führer und das polnische Volk durch das Angebot, das ihnen Deutschland und Oesterreich jetzt machen, angezogen würden. Auf die Polen als Ganzes wird dieser Edelmut, der über fremdes Gebiet verfügt, schwerlich Eindruck machen. Wie immer die augenblickliche Kriegslage sei, so wird die künftige Stellung der polnischen Provinzen doch nur durch das Allgemeinergebnis des Krieges bestimmt werden, und die Polen sollten sich nicht durch augenblickliche Versprechungen von der Richtung, in der ihre wahren Interessen liegen, ablenken lassen.

## Politische Uebersicht.

### Nachklang der Kanzlerrede.

Einstweilen liegen nur deutsche und österreichisch-ungarische Pressestimmen über die Rede des Reichskanzlers vom Donnerstag vor. Man liest sie mit möglichem Interesse, denn, wie die Dinge nun einmal liegen, ist's in diesem Falle das Ausland, das das wichtigste Wort zu sagen hat.

Die Blätter der Rechten bis zur altdeutschen „Tägl. Rundschau“ variieren alle daselbe Thema: Belgien. Sie betonen einstimmig, daß der von Bethmann ausgesprochene Verzicht auf die Annexion Belgiens noch keinen Verzicht auf die berühmten „Garantien“ bedeuten könne, könne und dürfe. Etwas erregt zeigt sich die „Deutsche Tagesztg.“ darüber, daß der „Vorwärts“ gestern schrieb, Bethmann habe mit anderen Worten daselbe gesagt wie Scheidemann: Frankreich französisch, Belgien belgisch, Deutschland deutsch! Das agrarische Blatt fordert kategorisch eine Regierungserklärung, daß der Reichskanzler weniger vernünftig denke als der Sozialdemokrat. Mag die „Nordd. Allg. Ztg.“ dem agrarischen Blatt diesen Gefallen tun, wenn sie dabei nur kein Porzellan zerbricht.

Wenn man wie der Reichskanzler der Meinung ist, daß der Schrei nach dem dauernden Frieden sich durchsetzen werde, so braucht man auf Sicherungen für einen künftigen Krieg nicht mehr ängstlich bedacht zu sein, wie die Presse der Rechten ist. Da Belgien nicht amektiert wird, ist es selbstverständlich, daß es ein freier Staat bleibt. Ueber seine äußere politische Stellung wird bei den Friedensverhandlungen mit ihm und den anderen gegnerischen Staaten unterhandelt werden müssen. An diesem Punkte kann aber die Einigung nicht scheitern, wenn man auf allen Seiten auf die überstaatliche Organisation und auf das allgemeine Schiedsgericht eingestrichelt ist.

Verhältnismäßig verständlich äußern sich die Rationalisten. Die „National-Zeitung“ nennt die Rede einen Schritt zum Frieden und die „Börse-Zeitung“ tritt lebhaft für die Schiedsgerichte ein.

Nicht merkwürdig müdet die Haltung des Zentrums — im Hauptausdruck wie in der Presse — an. Die „Germania“ klammert sich an die belgischen Garantien und äußert sich in recht unchristlicher Weise über die Idee der Schiedsgerichte, die doch dem Katholizismus ganz besonders willkommen sein müßte:

„In der Tat, wer seit Jahren so aggressive Politik getrieben hat, wie unsere Feinde, wie vor allem England mit seiner Einreitung unter skrupelloser Ausnutzung der französischen Rebangehelligkeit und der russischen Expansionsabsichten, der paßt wohl zum Vor, aber nicht zum Wärtner im Reichsaufe des Völkervertragens.“

Die „Germania“ ist in diesem Fall viel unpäpstlicher wie der Papst. Die fortschrittliche Presse stimmt im wesentlichen dem Reichskanzler zu und tritt lebhaft für die Schiedsgerichte ein.

Die österreichische und ungarische Presse ist mit der Rede sehr zufrieden. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hat den Eindruck, daß sie „ein ernstliches Friedensangebot sein will.“ „Pesti Hirlap“ meint, die Rede des Reichskanzlers müsse den Frieden mächtig fördern, wenn den Feinden nicht jede sachliche Erwägung geschwunden sei, und „Allotman“ sagt hinzu, der Kanzler habe durch die Erklärung, er habe nie die Annexion Belgiens gefordert, der Entente eine Waffe entwendet, mit der sie die Beziehungen gegen Deutschland wegen dessen angeblicher Annexionspläne geführt hat.

Man darf aus der feindlichen Auslandspresse natürlich kein so freundliches Echo erwarten. Man wird schon zufrieden sein, wenn sich in ihrer Haltung eine Wendung zum Besseren bemerkbar machen sollte!

### Ein Urteil über den Staatssekretär Dr. Helfferich.

Dr. Julius Vachem kommt im „Tag“ auf die Schutzhafte und Zensurdebatte im Reichstag zurück und äußert sich besonders zu der Haltung, die der Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, zu diesen Auseinandersetzungen eingenommen hat. Es ist im Reichstag schon so ziemlich bei allen Parteien unangenehm aufgefallen, daß der Staatssekretär grundsätzlich für die Zensur und die Schutzhafte eintrat und daß er sich den erhobenen Angriffen gegenüber darauf beschränkte, zu erklären, die einzelnen Angaben sollten unterfucht werden, obwohl offenkundig zutage lag, daß die einzelnen Behörden sich schwere Mißgriffe hatten zuschulden kommen lassen. Daran anschließend sagt nun Dr. Vachem:

Vor allem ist bei der erdrückenden Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes die Empfindung sehr lebhaft, daß das Auftreten des Staatssekretärs Dr. Helfferich in der Sitzung des Reichstages vom 28. Oktober ein, gelinde gesagt, wenig glückliches war, daß der Staatssekretär, wenn er auch alle Veronachlässigungen machen mochte, eine Prüfung der Angaben des Abg. Dittmann von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sich vorbehalten, doch wenigstens konditionaliter für die ungeheuerlichen Dinge,

welche da zur Sprache kamen und alles menschliche Gefühl erregen mußten, den Ton der Entrüstung hätte finden sollen. Und was die Ausbreitungen der Zensur anbelangt, bezüglich deren ein sehr ausgiebiges, völlig einwandfreies Material vorliegt, so herrscht auch darin nahezu allgemeine Uebereinstimmung, daß in militärischen Dingen die Zensur zwar nicht zu entbehren ist, daß aber hinsichtlich der Erörterung politischer Auffassungen nicht nur die Parität gegenüber allen politischen Richtungen streng zu wahren ist, sondern auch ein viel größeres Maß von Freiheit gewährt werden könne und gewährt werden müsse, nicht zum wenigsten im Interesse der politischen Stellen, welche die Zensur vielfach ungeschickt und übereifrig zu schämen sich hat angelegen sein lassen.“

### Verlängerung der Amtsdauer der Stadtverordnetenmandate in Preußen.

Durch eine königl. Verordnung wird den Gemeinden die Befugnis gegeben, durch Gemeindebeschluß zu bestimmen, daß die Amtsdauer derjenigen Gemeindevertreter, die Ende 1916 auszuscheiden hätten, um ein Jahr verlängert wird. Der Genehmigung der Regierung bedarf ein solcher Beschluß nicht. Die Regierung hat den Weg der Verordnung gewählt und nicht den Weg der Gesetzgebung beschritten, weil die Wahlen nach der Städteordnung im November zu erfolgen haben, bis zu diesem Termine aber das Gesetz nicht verabschiedet werden kann. — Die Verordnung sieht weiter vor, daß, wenn später eine Neuwahl stattfindet, die Amtsdauer des neugewählten Stadtverordneten nicht sechs, sondern nur fünf Jahre beträgt.

Die „Deutsche Nachrichten-Verkehrsgesellschaft“ wendet sich mit einer Erklärung gegen die „Unabhängige National-Korrespondenz“, die behauptet hatte, die Gesellschaft mit dem langen Namen sei ein offizielles Organ. Die „Deutsche Nachrichten-Verkehrsgesellschaft“ will das nicht sein und weist die Kennzeichnung als offizielles Bureau entschieden zurück.

## Das tägliche Brot.

### Dr. Heims Bauernpredigt.

Anläßlich der Regensburger Bauerntagung rief der bayerische Bauernführer Dr. Heim den Bauern ins Gewissen, daß es ungerecht und um jede Stunde, die er sich für den Bauernstand abgemüht habe, schade wäre, wenn es die Bauern dazu brächten, in ihrer Mehrheit aus dieser Zeit der Not Kapital zu schlagen und sich am Blutgeld zu bereichern. Wer es aber tue, mache sich einer himmelschreienden Sünde schuldig.

Um gleichen Thema wird in der katholischen „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ berichtet:

„Ein Zufall führte mich aufs Land in eine Versammlung von Landwirten, Gemeindefreien und dergleichen. Som rationellen Gemütsbau und anderem war die Rede. Was mir aufstieß, war der vollständige Mangel an Beziehung zu den Kriegsnotverhältnissen der städtischen Bevölkerung in den gepflogenen Beratungen. Die Frage der Erzeugung von Lebensmitteln erschien einzig und allein in der Betrachtung des zu erlangenden Gewinnes, die Ermütigung der Landwirte zum Aufbau von diesem und jenem erfolgte immer nur unter Hinweis auf die unter den obwaltenden Verhältnissen sicher zu erwartende hohe und noch höhere Rentabilität.“

### Reichsrat und Ernährungsamt in Oesterreich.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Wien berichtet: In Parlamentsskreisen erwartet man die baldige Aufnahme der Verhandlungen über den Einberufung des Ernährungsamtes. Ein Haupthindernis dafür ist mit dem Kabinettswechsel weggefallen. Das Parlament dürfte Ende Februar oder Anfang März zusammentreten. Zunächst soll eine kurze Reichsrats-Session stattfinden, dann soll eine ausgiebige Delegations-Session stattfinden.

Wie der „Voss. Ztg.“ weiter gemeldet wird, hat der frühere Ministerpräsident Febr. v. Wed die ihm angebotene Leitung des Ernährungsamtes abgelehnt. In einer Denkschrift hierüber äußert er verfassungsmäßige Bedenken und fordert, daß eine Ernährungszentrale für Oesterreich, Deutschland und Ungarn geschaffen werde. Nunmehr soll der Ministerpräsident Dr. v. Körber selbst die Leitung des Ernährungsamtes übernehmen wollen. Er verwaltet bisher kein Einzelressort.

### Gemüse-Ausfuhrverbot in Dänemark.

Kopenhagen, 9. November. (B. Z. B.) Das dänische Justizministerium erließ heute ein Ausfuhrverbot für alle Gemüsearten diesjähriger Ernte, sowohl in frischem als in getrocknetem oder anders zubereitetem Zustande. Die bisher erlassenen Ausfuhrbestimmungen für einzelne Gemüsearten verbleiben in Kraft.

## Aus der Partei.

Die früheren „Vorwärts“-Redakteure Leid, Stadthagen und Ströbel senden uns eine Erklärung, in der sie dem „Vorwärts“-Verlag das Recht der Kündigung bestreiten. Sie erachten den Beschluß der Groß-Berliner Generalversammlung, der sie aufforderte, auf ihrem Posten auszuharren, für bindend, bis die Gerichte über den „Vorwärts“-Konflikt entschieden hätten.

Die Prekommission des „Vorwärts“ sendet uns eine Erklärung, in der sie gegen die Entlassung der Redakteure Leid, Stadthagen und Ströbel durch den Verlag Einspruch erhebt. Die Entlassung sei statuten- und rechtswidrig, weil die Prekommission ihre Zustimmung nicht gegeben habe und auch nicht geben würde.

Der Parteivorstand hat der Prekommission am 10. November auf eine Anfrage folgendes mitgeteilt:

„Der Parteivorstand ist bereit zu Verhandlungen mit der Prekommission, kann diese Verhandlungen aber erst dann aufnehmen, wenn die Prekommission, die mit dem Parteivorstand die Interessen des „Vorwärts“ wahrzunehmen verpflichtet ist, Stellung genommen hat gegen den Vorkauf des „Vorwärts“ durch die Berliner Körperschaften.“

## Oesterreichischer Arbeitertag.

Auf Einberufung durch die deutschösterreichische Parteileitung, die Gewerkschaften, Genossenschaften und Kranken-Lassen tagte in Wien ein von etwa 1000 Delegierten und den Vertretern aller Ministerien besuchter Arbeitertag. Ueber die Ernährungsfragen referierte Genosse M. Eidersch. In der Resolution wird vor allem Durchführung der Gleichheit in der Ernährung aller Volksklassen, von allen Fachministerien unabhängige Ernährungsämter in Oesterreich und Ungarn, Vertretung der Verbraucher auch in den Kriegsernährungszentralen gefordert und eine Reihe von Einzelorderungen aufgestellt.

Darauf beschäftigte sich der Arbeitertag mit der rechtlichen Stellung der Arbeiter im Kriege. Darüber referierte Abg. Domes-Wien (Metallarbeiter). Der

Bericht der „Wiener Arbeiterzeitung“ über diese Verhandlung ist zum allergrößten Teil der Zensur zum Opfer gefallen. An der Spitze des Blattes prangen in Fettdruck folgende Worte aus der Antrittsrede des neuen Justizministers Dr. Klein:

Sofern aber gegen einzelne Institutionen im Bereich der Rechtspflege oder gegen deren Handhabung in der Öffentlichkeit im großen Maße Beschwerde geführt wird, wird man um so weniger sorglos davon vorübergehen dürfen. Es wird vielmehr nach dem berechtigten Kern zu forschen und ihm tunlichst Rechnung zu tragen sein, um, wo es verbietet werden kann, überflüssige Anzweiflungen sich nicht ankommen zu lassen. Das gilt zumal für die Klagen über die Behandlung der Presse.

Referat und Debatte behandelten zumeist die höchst bedenklichen Wirkungen der Unterstellung privatkapitalistischer Betriebe unter „staatlichen Schutz“ und militärische Disziplin. Hierbei werden vielfach die privaten Interessen des Unternehmers mit dem Staatswohl verwechselt und überdies wird Arbeitern, die dagegen remonstrieren, gedroht, sie als „Kriegsflüchter“ oder gar als „Landsturmarbeiter“ einzuziehen. Schlichtungskommissionen, Militärarbeitsrat usw. gibt es nicht, mit Ach und Krach wurde die Einsetzung einer Beschwerdekommision für die Metallindustrie Niederösterreichs erreicht, die aber wegen ihrer völligen Machtlosigkeit fast gar nicht mehr angerufen wird.

In der Debatte ergriff, stürmisch begrüßt, Abg. Dr. Viktor Adler das Wort. Er zog aus den Mitteilungen der einzelnen Branchenvertreter den Schluß, daß der „staatliche Schutz“ Schutz für die Unternehmer bedeute und appellierte in der eindringlichsten Weise an die anwesenden Regierungsvertreter, im Interesse des Staates und seiner Zukunft schleunigst die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren zu veranlassen.

In der Resolution zu diesem Punkt finden wir, soweit sie nicht aus einem weißen Fleck besteht, folgende Forderungen für alle unter dem Kriegsdienstleistungsgeiz stehenden Arbeiter:

1. Staatlichen Schutz der Lohnrechte und der Tarifverträge. Gleichstellung der Löhne der Frauen bei gleicher Leistung.
2. Strenge Beaufsichtigung der Betriebe zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter, vollständiges Verbot der Arbeit von Kindern unter vierzehn Jahren, Vermehrung der Gewerbeinspektoren und Berufung von sachlich gebildeten Frauen für dieses Amt.
3. Wahrung der Organisationsrechte der Arbeiter, Schutz ihres Versammlungs- und Vereinsrechtes sowie aller ihrer staatsbürgerlichen Rechte.
4. Genaue Feststellung der Kompetenz der militärischen Leiter der Betriebe als Organe, die ausschließlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin berufen sind, Anhörung beschuldigter Arbeiter vor Verhängung von Strafen, Einspruchsrecht mit aufschiebender Wirkung und Befreiung aller Straftaten, die geeignet sind, die Arbeiter zu demütigen und zu entehren. Schaffung einer besonderen Beschwerdeinstanz gegen die Strafverfügungen.
5. Errichtung von Beschwerde- und Lohnkommissionen, die aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer und aus Delegierten der zuständigen Behörden zu bilden sind.

## Die Indienstellung der russischen Emigranten in England.

Man schreibt uns: Die englische Regierung hat durch ihren Minister des Innern Herbert Samuels vor mehreren Monaten im Unterhause erklärt, daß sie die hoeropsylidigen russischen Staatsangehörigen, die in England leben, auffordere, sich der englischen Armee, die für ihre gemeinsame Sache kämpft, anzuschließen, widrigenfalls sie an Rußland ausgeliefert werden würden — mit Ausnahme der wirklichen politischen Flüchtlinge, denen gegenüber England das geheiligte Asylrecht nicht anzutasten beabsichtigt sei; die Identität dieser Flüchtlinge würde vor speziellen Gerichtshöfen festgestellt werden müssen. Im Unterhause hat diese Anklündigung seinerzeit zu stürmischen Debatten geführt, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Zum „freiwilligen“ Eintritt in die englische Armee hat Hr. Samuels für die russischen Emigranten bereits zweimal einen „letzten“ Termin angeetzt — aber auch zum zweitenmal ohne Erfolg. Keine einzige zwangsweise Auslieferung an Rußland ist bisher durchgeführt worden. Allerdings wurde ein der russischen Kolonie unbekannter Mann, wie Hr. Samuels erklärte, auf sein eigenes Ersuchen auf einem englischen Kreuzer nach Archangelsk abtransportiert. Aber nach Vermutungen der Londoner Flüchtlingspresse soll es ein gefügiges dunkles Subjekt gewesen sein, das sich dergab, um einen — für die englische Verwaltungspraxis so wichtigen — Präzedenzfall herzustellen zu können.

Der Stand dieser Angelegenheit ist heute der folgende: Der zweite „letzte“ Termin läuft in kurzem ab. Obgleich im jüdischen Viertel Londons, Liverpools, Glasgows, Edinburghs und Manchester (es handelt sich fast ausschließlich um polnische, litauische und baltische Juden, die in diesen Städten ansässig sind), die Werbetrommel eifrig gerührt wird (und zwar von Juden selbst, wovon später die Rede), liegen sich nur vereinzelte dazu anlocken, des Königs bunten Rock „freiwillig“ anzuziehen. Was die englische Regierung nach Ablauf dieses Termins vornehmen wird, läßt sich heute nicht entscheiden.

Die Initiative zum Zwangsdienst der russischen Emigranten gehört weder der russischen Regierung, wie dies mehrfach behauptet wurde, noch auch der englischen Regierung selbst. Der Initiator ist der russisch-jüdische liberale Publizist Wladimir Schabotinsky. Schabotinsky ist Zionist. In seinem zionistischen Hirn entsand nun die fixe Idee, die gegenwärtige „günstige“ Weltlage zur Verwirklichung des Zionismus zu benutzen, d. h. bei „Verteilung“ der Türkei — einen Judenstaat unter englischem, letztenfalls auch unter russischem (!) Protektorat zu gründen. In diesem Zwecke agitiert er für die Schaffung jüdischer Regionen zur Eroberung Palästinas. Ihm zur Seite steht der russische politische Flüchtling Peter Rutenberg. Bald nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg sammelten diese beiden Herren in Alexandrien (Aegypten) unter den aus der Türkei geflüchteten, abdachlos gewordenen jungen russisch-jüdischen Kolonisten Palästinas eine jüdische Legion, die sich den englischen Truppen anschloß und bald darauf bei der Dardanellen-Operation fast reitlos hingemäht wurde. Nachdem diese (etwa 600) jungen Menschenleben aufgewopert worden waren, begab sich Rutenberg zur Agitation nach New York, wo er aber tauben Ohren predigt; Schabotinsky ging nach London und ließ sich Grey als „Führer“ der russischen Juden empfehlen. Grey fragte nun Herrn Schabotinsky nach den Wünschen des von Herrn Schabotinsky „geführten“ jüdischen Volkes. „Wir wollen Palästina“ war die Antwort. All richtig, soll äußerst verbindlich Hr. Grey erwidert haben, gehen Sie hin und holen Sie es sich! Schabotinsky ging nun wirklich hin — ins englische Kriegsministerium und entwarf dort den Plan der Schaffung jüdischer Regionen, die sich zur Eroberung Palästinas für die Juden der englischen Heeresmacht unterstellen sollen. Das Ministerium fand diesen Plan teilweise gar nicht übel, und zwar hatte es nichts gegen den letzten Teil des Vorschlags einzuwenden. Und so gab Schabotinsky der englischen Ko-

gierung den Anstoß zu ihren späteren Maßnahmen. Allerdings ist heute weder von einem Judenstaat, noch von besonderen Judenlegionen im Besitze der englischen Truppen die Rede, was aber Herr Schabotinsky nicht hindert, seine „Arbeit“ fortzusetzen. Seine veraltete Idee nennt er jüdischen bzw. zionistischen „Aktivismus“. Daß er in den Räumen des Londoner Kriegsministeriums arbeitet — also wohl im Dienste der englischen Regierung steht —, hat Mr. Samuels im Unterhause selbst zugegeben.

Im übrigen trifft es sich zufällig, daß Mr. Herbert Samuels, der englische Minister, der unmittelbar den Zwangsdienst der russisch-jüdischen Emigranten einleitet, ebenfalls Jude ist.

Auf einer von den russischen sozialistischen Gruppen Kopenhagens einberufenen Protestversammlung gegen die englische Regierung wurde hierzu folgende Resolution gefaßt: „Wir brandmarken das Bestreben der englischen Regierung, die russischen Flüchtlinge, die in England eine Zuflucht suchen, . . . an das unmenfliche Leiden auszuliefern, das sie in ihrem Geburtsland erwartet. Nichts macht die wahren Ziele dieser „Kämpfer für Freiheit und Recht der unterdrückten Völker“ deutlicher, als das Bündnis des „freien“ England und des republikanischen Frankreich mit dem russischen Jaren und die Bereitwilligkeit der englischen Regierung, das Asylrecht, auf das sie so stolz war, aufzugeben, dem russischen Absolutismus zu Gefallen. . . . Wir appellieren an alle, denen die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie noch heilig sind.“

## Verfehlte Beschwichtigungsversuche.

Uns wird aus Kreisen der Minderheit geschrieben:

Am Vorabend der Reichskonferenz unserer Partei brachte unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, einen Klageartikel über eine im Verlage des Volksvereins für das katholische Deutschland zu M.-Gladbach erschienene Schrift eines Dr. rer. pol. Richard Berger, welche die „Fraktionspaltung und Parteifriss in der deutschen Sozialdemokratie“ behandelt. Obgleich die Broschüre eine angeblich objektive Sammlung von Tatsachen sein soll — der Verfasser erklärt, daß er nur das Material zusammenstellen wollte und deshalb mit Bedacht von jedweder parteipolitischen Ausnutzung des Stoffes, ganz abgesehen von dem Gebote des Burgfriedens, Abstand genommen habe —, so sah die „Rheinische Zeitung“ in ihr doch das erste Anzeichen säkularer Unheils, das für die deutsche Sozialdemokratie heraufsteigt. Sie betitelte ihren Artikel „Nummer eins“ und wollte damit zu verstehen geben, daß die Berger'sche Schrift nur der Auftakt einer mit dem Fall des Burgfriedens, und vor allem bei den nächsten Wahlen zu erwartenden Serie von antisozialdemokratischen Zentrums-Organisationschriften sei, in denen der Kampf zwischen der Rechten und der Linken, der sich jetzt in unserer Partei abspielt, in scharfer Weise ausgenutzt werden würde. Und es war doch nach dem 4. August 1914 alles so gut und schön gewesen. Den Gegnern war die stets mit Vorliebe gegen die Sozialdemokratie gebrauchte vergiftete Beschuldigung der Vaterlandslosigkeit aus der Hand gewunden, als betrübte Lohgerber sahen sie ihre Felle fortzuschwimmen, mit verdünnten Nieren fragten sie einander, womit sie nun in Zukunft ihre Agitation gegen die Arbeiterpartei bestreiten sollten. Aber da kam die böse Opposition und zerstörte das herrliche Werk, das die sozialdemokratischen Staatsmänner errichtet hatten.

Beinahe sollte man glauben, daß die Gegner an der Sozialdemokratie nichts anderes anzusehen gehabt hätten und in Zukunft haben würden, als ihre angebliche Vaterlandslosigkeit; als gäbe es sonst nichts, was uns von den Bürgerlichen trennte, weder die großen Gegensätze auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischen Gebiet, noch die der Weltanschauung, aus der die politischen Grundgedanken fließen. Vielleicht meint die „Rheinische Zeitung“, daß diese Gegensätze sich in konsequenter Weiterentwicklung der Politik des 4. August immer mehr abgeschliffen hätten, daß die Partei auf diesem Wege zur Bewilligung des Budgets, der Militär- und Marineforderungen und der Mittel für die Kolonialpolitik kommen und auch ihre Ablehnung der Schutzpolitik aufgeben müßte. Das mag stimmen, und zweifellos würde das unseren Gegnern viel Agitationsmaterial entziehen, das sie jetzt eifrig wider uns verwenden. Aber schließlich treiben wir doch nicht Politik zu dem Zwecke, anderen kein Stein des Anstoßes zu sein und ihnen keine Angriffsfläche zu bieten, sondern, um die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren und für sie politische Macht zu gewinnen. Mit stetem ängstlichen Schielen nach dem Gegner wird man nur den eigenen Weg verlieren und die Mannschaft dazu. Dabei würden wir die Gegner doch niemals völlig entwaffnen, sofern wir nicht unser eigenes Wesen total aufgeben. Selbst wenn wir hinfort militär-, marine- und kolonialfromm werden wollten und trotz aller indirekten Steuern und aller anderen Schönheiten des bürgerlichen Staats das Budget bewilligen und uns für Hochschützjulle begeistern wollten, wir blieben doch immer noch die Enteierner des Privateigentums und die Republikaner unserer Ziele nach — von unserer angeblichen Religionsfeindschaft gar nicht zu reden —, und es hieße unseren Gegnern wirklich zu wenig vertrauen, wenn wir vermehren wollten, sie vermöchten mit diesen Inzidenzen nicht annähernd ebenso gefährliche Tränke zusammenzubrauen, als sie bislang gekommt.

Die „Rheinische Zeitung“ und die Rechte überhaupt — von den Revisionisten der äußersten Rechten, wie Kolb u. a. abgesehen — werden bestreiten, daß sie eine solche Fortführung und Weiterentwicklung der Taktik des 4. August wollen, wie wir sie hier skizziert haben. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob sie nicht durch die bittere Logik der Tatsachen, durch die Konsequenzen, die sich aus ihrer bisherigen Haltung ergeben, dahin gedrängt werden würden, wenn sie sich nicht noch zu einem Bruch mit dieser Haltung aufzuraffen vermöchten. Aber wenn jener Gedankengang, daß man die Gegner entwaffnen müsse, indem man ihnen möglichst wenig Angriffsfläche bietet, anstatt daß man sie durch energische Betonung der der Sozialdemokratie eigentümlichen Ziele und Bestrebungen überwindet, wirklich keine weitere Folge haben, wenn die Sandlung vom 4. August eine vereinzelte bleiben sollte, so waren die oben dargelegten Ueberlegungen doch nicht überflüssig. Denn sie zeigen, daß mit der Begründung der einen Beschuldigung gegen unsere Partei noch nicht viel erreicht ist, daß die Gegner noch Erstmateriale genug behalten. Und wenn wir auch anerkennen wollen, daß der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit ein besonders eindringlicher ist und von vornherein starke Vorurteile gegen alle Werberarbeit der Sozialdemokratie wecken müßte, so will es uns doch scheinen,

\*) Anm. Dieser Artikel befindet sich seit längerer Zeit in unseren Händen, mußte aber bisher wegen Raummangels zurückgestellt werden.

daß unser Bekenntnis zum Republikanismus und zum Kollektivismus gerade in jenen Kreisen der Bevölkerung, die von der angeblichen Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie abgestoßen wurden — große Schichten der Nation sind auf den Schwandel je länger je weniger hereingefallen, wie das Wachstum der Partei lehrt —, unferer Agitation kaum geringere Hindernisse in den Weg legen wird. Solche Hindernisse sind nicht unübersteiglich. Sie werden überwunden, wenn die Partei einen guten Fonds politischer Arbeit hinter sich hat. Und so kann denn auch trotz aller Unruhen der Rechten die sozialdemokratische Linke den kommenden Abrechnungen mit Zurecht entgegensehen. Sie braucht die Prüfung, ob ihre Haltung im Interesse der großen Massen des Volkes war, nicht zu scheuen. Gerade die Erfahrungen, die das deutsche Volk in diesem Weltkriege macht, werden da sehr stark mitsprechen, und die sozialdemokratische Rechte kann in dieser Hinsicht noch allerlei unerwartete Erfahrungen machen.

Die „Rheinische Zeitung“ dürfte behaupten, daß sie weniger den Kampf in der Partei an sich, als die „Machlosigkeiten“ und „Entgleisungen“ verurteile, die er zeitigt. Sie sieht diese Uebel, wie sie zwar nicht direkt sagt, aber doch ziemlich deutlich zu verstehen gibt, bei der Linken. Wie glauben, daß die Linke einen Vergleich ihrer Äußerungen mit gewissen Kundgebungen des Parteivorstandes und anderer Instanzen, die die Rechte vertreten, schon aushalten kann; die Frage, wer den Gegnern durch „Machlosigkeiten“ und „Entgleisungen“ mehr Material geliefert hat, ist keineswegs so glatt im Sinne der Rechten zu beantworten, wie das Kölner Blatt sich das vorstellt. Dafür liefert unter anderem die Schrift des Dr. Berger selbst ein paar interessante Beweise. Einer davon geht die Berliner Genossen näher an und sei deshalb hier angeführt. Auf den Seiten 72 und 73 gibt der Verfasser folgende Charakteristik des Berliner Genossen:

„Der Berliner Genosse ist ein besonderer Typ. Von dem Arbeitsernt der Organisationen und dem Pflichtbewußtsein in denselben, dem wir im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im Saargebiet und in Oberschlesien begegnen, wo große Machtfaktoren auf Unternehmer- und Arbeiterseite einander gegenüberstehen, ist er nie so durchdrungen gewesen wie die tiefen Westfalen, die selbstbewußten Saarleute und die gemütvollen Schlesier. Die anders geartete Industrie Berlins, der die Riesendimensionen des Westens abgehen, die brandenburgische Umgebung und das Berliner Willen färben ab, und die Riesenmassen der alljährlich zugewanderten Arbeiter unterreichen nach den Grundtönen alles menschlichen Strebens, innerlich seiner Art sich möglichst viel Geltung zu verschaffen. Es läge nahe, einen Vergleich zwischen den Berliner Arbeitermassen und der römischen Plebs in der vorjohannischen Zeit zu ziehen. Politische Sensationen und radikale Reigungen gäben eine interessante Parallele. Natürlicher und ungeschliffener, wenn vielleicht auch noch wankelmütiger waren die römischen Volksmassen auf alle Fälle. Die moderne Stadt der Intelligenz und Wissenschaft aber, die dem Bildungssimmel wahre Helatomben brachte und dabei die Willenserziehung, ohne die Organisationen nicht zusammenzuhalten sind, doch allgütiger beiseite ließ, schneidet unangenehm ab und zeitigt heute ihre schlechten Früchte, obwohl die Berliner Genossen mehr Gelegenheit zur politischen Urteilsbildung haben, als ihre Genossen in Rheinlands und Westfalens Industriegebiet. Sie haben allerdings auch ihre eigene Presse, die Berliner; wir kennen sie, den „Vorwärts“.“

In der Gesamtpartei hatte man sich verständigt, während der Kriegszeit nur notwendig gewordene Erziehungsvorhaben vorzunehmen. Auch die Berliner hatten sich noch im Juni des letzten Jahres auf diesen Standpunkt gestellt, dann aber war Liebtnecht aufgelaucht, die erste große Berliner Sensation. Eine schlug die andere: „Kleine Anfragen“, „Geschäftsordnungsdebatten“, „Persönliche Bemerkungen“. Geher kam und Haase und Ledebour und Stadthagen und die Hoffmann. Im preussischen Landtag, im Dreiklassenparlament, gab es gleichfalls interessante und pikante Fälle. Der „Vorwärts“ sorgte schon für schmachtige Jurastufen dieses wohlgeköchelten Futters, das die Praktiker auf dem Felde parlamentarischer Tätigkeit immer wieder so hoffnungsgrün zu schneiden wählten. Dann die Theoretiker mit Kautsky an der Spitze und Mehring, dem Historiker, zur Seite, auch sie kannten ihre Berliner und wußten wohl, daß von den alten revolutionären Platten und aus den traditionellen Schöpfeln die Kost am besten munden würde. Die Berliner, die Prinzipienfesten, die Hüter der Tradition, die Vertreter der großen Gedanken, die Vorbilder für das Reich! Und das in schwerer Zeit! Wenn alles weicht und schwankt, wenn der Parteivorstand und Parteianspruch die Beschlüsse der Parteitage und die Abmachungen der Internationale nicht achtet, die Reichstagsfraktion dem Staate Kredite bewilligt, dem sie früher keinen Mann und keinen Groschen gegeben, die Volksvertreter zu Volksverrättern werden und dann, als sie befürchten müssen, daß die Massen sich dagegen sträuben, zu den Zwangsmitteln der Organisation greifen! Man stelle sich das einmal wirklich vor, und dann die durchhaltende und durchgeleitete Bearbeitung der Massen mit ungezählten Flugblättern und Handzetteln, die Aufpeitschung der durch den Krieg an sich nichts gewordenen Gemüter in geheimen Konventikeln, und dann wunderbare man sich nicht, wenn die Revolution gegen den Parteivorstand und die alte Fraktion, die wohl weiß, um was es sich handelt, und zielbewußt ihre Wege gehend, alle Mittel in ihren Dienst stellt, zum Siege, zu ihrem Siege kommt — in Berlin . . .“

Was der Herr Dr. Berger über die Berliner Genossen zusammenschreibt, ist nun freilich sehr gleichgültig. Minder gleichgültig aber ist der Umstand, daß der Verfasser, dem „in keinem Punkte absichtliche Unrichtigkeit vorgeworfen“ werden kann, diesen Ausführungen hinzusetzt:

„So ungefähr machen die sozialdemokratischen Parteiblätter der Provinz ihren Lesern die Berliner Wirren klar.“

Die Farben für sein Herrbild sind dem Verfasser also von der sozialdemokratischen Rechten geliefert worden, die Vorbilder für seine Figuren erhielt er eben von dort. Und wenn er die Farben auch dider und krasser aufgetragen und die Dimen vergrößert und noch weiter ins Karikaturenhafte verzerrt hat, die Behauptung, daß er nach Material gearbeitet hat, das ihm sozialdemokratische Blätter geliefert haben, ist weder eine absichtliche, noch eine unabsichtliche Unwahrheit.

Die sozialdemokratische Rechte hat wirklich keinen Anlaß, sich pharisaisch über die Linke zu entrichten ob ihrer „Machlosigkeiten“ und „Entgleisungen“. Wir lieben solche Auswüchse des Kampfes gewiß nicht und sähen es sicherlich gern, wenn die Gegner sie nicht in ihre Agitationsmappe sammeln könnten. Aber wir wissen auch, daß Temperamentsausbrüche und Ungerechtigkeiten im Kampfe der Ueberzeugungen nie zu vermeiden sind, daß man sie in Kauf nehmen muß, wenn man nicht viel Wertvolleres als die würdige Außenseite der Partei gefährden will. Und deshalb halten wir es für angebracht, den Kampf nach Möglichkeit sachlich zu führen, uns aber über „Machlosigkeiten“ und „Entgleisungen“ nicht übermäßig zu entrichten. Das erscheint uns ehrlicher, als die beweglichen Klageblätter der Beschwichtigungsminister. Jedenfalls dürfen die Genossen sich durch solche Vitenereien in ihrem Kampfe wider die Rechte, um die Mehrheit in der Partei nicht einen Augenblick irremachen lassen.

## Soziales.

### Kriegswochenhilfe bei Entlassung des Ehemannes aus dem Heeresdienst.

Nach den Bundesratsverordnungen über die Kriegswochenhilfe wird die letztere auch den Ehefrauen solcher wegen Verwundung oder Erkrankung entlassenen Kriegsteilnehmer gewährt, die an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch Verwundung oder Erkrankung verhindert sind.

Diese Vorschrift hat vielfach zu Zweifeln Anlaß gegeben. Das Reichsamt des Innern hat sich jetzt aus gegebener Veranlassung hierüber dahin geäußert, daß die Absicht der Vorschrift offenbar dahin gehe, die Wohltat dieser Wochenhilfe nicht auch solchen Personen zuzuwenden, die selbst wieder für sich und ihre Familie sorgen können, bei denen also der ursprüngliche Grund für die Bereitstellung jener Hilfe fortgefallen ist. Daraus folgt jedoch, daß nicht schon jede geringfügige Erwerbstätigkeit oder die Möglichkeit einer solchen das Recht auf Wochenhilfe ausschließen soll. Es muß vielmehr eine Erwerbstätigkeit vorhanden sein, die zwar der normalen oder der früheren des betreffenden Ehemannes nicht gleich oder auch nur sehr nahe zu kommen braucht, die aber immerhin noch für die Möglichkeit ausreicht, für die eigene Person und für die Familie den Lebensunterhalt zu beschaffen. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, wird sich jedesmal nur nach den Umständen des Einzelfalles beurteilen lassen. Es läßt sich nicht im voraus angeben, wie groß in Prozenten der vollen Erwerbstätigkeit die Beeinträchtigung sein muß, um die Gewährung oder Nichtgewährung der Wochenhilfe zu rechtfertigen. Dem freien Ermessen der für die Bewilligung zuständigen Stellen ist hier ein gewisser Spielraum gelassen. Dabei dürfte es als selbstverständlich anzusehen sein, daß hierbei wohlwollend verfahren wird und daß in Zweifelsfällen die Entscheidung der zuständigen Spruchinstanzen (Versicherungsamt und Oberversicherungsamt) anzurufen ist.

### Gegen den Sparzwang.

Das Generalkommando des sechsten Armeekorps hat an die Grubenverwaltungen des Waldenburger Bezirks das Ersuchen gerichtet, zur Frage der Einführung des Sparzwanges für Jugendliche Stellung zu nehmen. Die Grubenverwaltungen haben die Arbeiterausschüsse befragt. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, haben alle Ausschüsse mit größter Entschiedenheit die Einführung des Sparzwanges widersprochen. Selbst die reichstreuen Bergleute der Fürstlich-Bleibischen Gruben haben sich gegen den Sparzwang ausgesprochen. In dieser Zeit der allgemeinen tiefen Leuerung sei der Verdienst der Jugendlichen ein so nötiger Zuschuß im Arbeiterhaushalt, daß auf keinen Pfennig verzichtet werden kann.

### Kriegsteilnehmer und Reichsversicherung.

Ueber die Versicherungspflicht aktiver Soldaten herrscht noch große Unkenntnis. Die Rechtslage ist folgende:

Bei Beurlaubungen in Arbeitsbetriebe — Fälle, die während des Krieges zu Tausenden zu verzeichnen sind — unterliegen die Soldaten in vollem Umfange der reichsgesetzlichen Versicherung, und haben im Versicherungsfall gegen die Versicherungsträger Anspruch auf die gesetzlichen Leistungen. Sie werden also in versicherungsrechtlicher Beziehung wie Zivilpersonen behandelt. Soweit bei Krankheit die Militärverwaltung für Krankenpflege einzutreten hat, entfällt dieser Anspruch gegen die Krankenkassen, die dann nur Barleistungen (Kranken- und Sterbegeld) zu gewähren haben. Die Rechtslage ist also insofern ganz klar. Aber auch im aktiven Dienst stehende Soldaten können unter Umständen, beispielsweise gegen Unfall, versichert sein. Die Unfallversicherungspflicht eines Soldaten ist während des Friedens zum Beispiel angenommen, der beim Galten eines Privatluftschiffes zu Schaden kam. Er war zu dieser Arbeit nicht befohlen worden. Der Vorgesetzte hatte die Soldaten lediglich gefragt, ob sie freiwillig die Tätigkeit ausüben wollten. Es ist angenommen, daß die vorgeordnete Dienstbehörde den Leuten nur die Erlaubnis zu einer außerdienstlichen Verrichtung erteilt und ihnen so die Möglichkeit gegeben habe, sich einen kleinen Verdienst in ihrer dienstfreien Zeit zu verschaffen. Die Tätigkeit des Verunglückten konnte deshalb auch nicht als militärischer Dienst und somit die ihm dabei zugeflossene Verletzung nicht als Dienstbeschädigung angesehen werden. Da es sich auch um einen unfallversicherungsrechtlichen Betrieb gehandelt hatte, ist der Kläger als im Interesse des versicherten Betriebes tätig gewesen und als gegen Unfall versichert angesehen worden. Auch während des Krieges ist die Rechtslage die gleiche geblieben. Wenn jedoch Kriegsschädigte in Betrieben beschäftigt werden, so sind sie von der gesetzlichen Versicherung dann befreit, wenn diese Beschäftigung einen Teil der sogenannten Arbeitstherapie darstellt. Sofern sie also aus Gründen der Heilbehandlung zur Betriebsbeschäftigung kommandiert wurden, und wenn während dieser Beschäftigung eine gewisse ärztliche Aufsicht in einer der Sachlage angepaßten Form Platz greift, bleiben sie im Heeresdienst und ein während dieser Kommandierung erlittener Unfall würde als Dienstbeschädigung angesehen werden.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein neues System des Hypothekenschutzes.

Unter dem Namen „Deutsche Hauptbank für Hypothekenschutz Akt.-Ges.“ ist in Berlin vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Gemeinschaft mit den führenden Organisationen des deutschen Hausbesitzes eine Hypothekenschutzgesellschaft mit drei Millionen Mark Kapital begründet worden, welche bestimmt ist, nach einem neuartigen System Zinsen und Kapital der Hypotheken zu verbürgen. Die Ausbreitung des Unternehmens über ganz Deutschland ist in Vorbereitung.

**Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.** Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr: 1. bis 6. Abteilung Montag, den 13. November, Köpenicker Straße 62; Vortrag. Nach dem Vortrag praktische Verbändlungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt. — Vorstandssitzung am Mittwoch, 15. November, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, Lichtenberg, Schamrockstraße 60, Restaurant. — Sonntag, 19. November, nachmittags 1 Uhr: Ländliche Übung, Bichelsberge (Alter Freund.)

Das zweite Volksunterhaltungskonzert in Schöneberg findet am Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$  Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belgischer Straße 48, statt. Ihre Mitwirkung haben zugesagt: Eva v. Stoppit, Konzertsängerin; Brossa-Gewell, Pianistin; Schmid-Kapler, Vieler zur Laute. Eintrittskarten sind zu haben bei Müller, Reisinger Straße 9, und in der Konsumgenossenschaft, Apostel-Paulus-Straße 40.



Aus Groß-Berlin.

Da draußen vor dem Tore . . .

Man muß schon weit wandern, um vor den Toren Berlins noch ein eadles Mührlad zu sehen. Der diese Entwicklung nibeiliert alles, läßt in seiner Ausbreitungssucht die schönsten Idylle nicht ungeschoren. Im Berliner Osten, wo einst die Gistertienfernwöndchen den dürftigen Boden der Mark urbar machten, da findet man sie wohl noch, die Schlag-, Heide- und Mündsmöhlen. Längst hat manche ihren Betrieb eingestellt. Nur noch als Sehenswürdigkeit, als Ruine steht sie da. Das Mührlad geht nicht mehr, oder der nagende Zahn der Zeit hat es in Trümmer gelegt.

Heute wandert der Berliner am schönen Sonntag vor die Tore mit gemischten Gefühlen. Auch im Herbst und Winter kann er sich von der Vorliebe für den Sonntag-nachmittagspaziergang im Freien nicht trennen. Er wandert? Ach nein, er muß ein großes Stück fahren. Die Freude fängt erst da an, wo das städtische Häusermeer aufhört und sich erfrischend löst in Wald und Flur, in Villenkolonien und einzelne Gehöfte. Setzt ein einziges Mietstasern-ungetüm in diese Pracht hinein und das Idyll ist mit einem Schlage zerstört. Ob es eine mit den einfachsten Mitteln geschaffenen Laubentolonie ist oder das vornehme Mührladnichten der Kolonie Grunewald — der Berliner bewundert, weil er die Freude am Schönen, am harmonischen Zusammengefüge nie verlernt.

Wo einst traut das Mührlad Klapperte und ein schmuck- lofer Fachwerkbau zur Klung lud, sind stolze, prach- tige Restaurationslokale entstanden, mit weiten, hohen Hallen und Gluten elektrischen Lichtes. Der von uns Alternen, die wir in der Jugendzeit mit dem Fünftgrößtstück in der Tasche und dem Stullenpaket unter dem Arm leicht- beschwingt nach dem Grunewald pilgerten, kennt Hundefehle noch wieder! Nur zögernd will der Fuß über die glänzende Schwelle. Man fühlt sich nicht wohl in dieser zusammen- gefüllten, schnatternden Menschenfülle, die sich hier aus ganz Berlin Wild-West ein Stelldehlein gibt, stürzt hastig den Kriegslaffe hinunter und eilt befreit wieder zwischen die Weiden und Waldbäume. So geht es dem Natur- freunde auch schon in den entlegenen Lokalen des Südens, Ostens und Nordens. Die großen, lodenden sind auf glanz- volle Ausstattung, Weinabteilungen und hohe Zechen zu- geschnitten. Die kleineren, urgemütlichen verschwinden immer mehr. Mit der Mührladpoesie wird ausgedrückt.

Fast jede dieser Sonntagspilgerstätten, in denen der jetzt freilich nicht lieblich duftende Kaffee seinen alten Zauber übt, hat ihr besonderes Publikum. Es wechselt mit den Himmels- richtungen, mit den Tagen und Stunden. Aber davon er- zählen wir ein ander Mal . . . wenn der Krieg zu Ende ist.

Starker Rückgang der Erstgeburten.

Schon seit einer Reihe von Jahren konnte man in Berlin die Beobachtung machen, daß der andauernde Geburtenrückgang ver- hältnismäßig weniger stark bei den Erstgeburten als bei den Zweitgeburten, den Drittgeburten, den Viertgeburten usw. war. Beispielsweise verringerte sich in dem Zeitraum von 1900 bis 1913 das Jahresergebnis für die ehelich geborenen Kinder im ganzen von 43 945 auf 32 482, um 11 463, d. h. um 26 Proz., aber im einzelnen für die ersten Kinder von 13 105 auf 11 861, um 1 244, nur 9 1/2 Proz., für die zweiten Kinder von 10 561 auf 8 177, um 2 384, rund 22 1/2 Proz., für die dritten Kinder von 7 020 auf 4 729, um 2 291, etwa 33 Proz., für die vierten Kinder von 4 860 auf 2 783, um 1 027, etwa 21 1/2 Proz., für die fünften Kinder von 2 910 auf 1 693, um 1 217, rund 42 Proz., für die sechsten, siebenten, achten, neunten, zehnten usw. Kinder zusammen von 5 989 auf 3 239, um 2 700, rund 45 Proz. (Abwärtlich kommen selbst in Berlin einzelne Fälle vor, wo die Geburtenzahl einer Ehe sogar über 20 hinausgeht. In 1900 war 23 das Höchst, in 1913 nur 19.) Wie man aus der obigen Zusammenstellung ersieht, ist die Ver- hältniszahl der Geburtenrückganges um so größer, je kinderreicher die Ehen bereits sind. Diese be- trächtliche Minderung der Zweitgeburten und mehr noch der Dritt- geburten, der Viertgeburten usw. hatte die Wirkung, daß für die Erstgeborenen der Anteil an dem gesamten Jahresergebnis der ehelich geborenen Kinder sich ziemlich ununterbrochen steigerte. Er war in 1900 nur 298 auf 1000 Geborene, in 1913 aber 305 auf 1000 Geborene.

In der Kriegszeit ist es nun zu einer merkwürdigen Ein- schränkung des Liebergewichtes der Erstgeburten gekommen. Das zeigt die unten folgende Zusammenstellung, die wir aus den vorläufigen Ergebnissen gemacht haben. (Durch die nachträglichen Meldungen können noch einzelne Fälle hinzukommen, doch das ist ohne Einfluß auf das Gesamtbild.) Nach unseren Berechnungen brachte zwar das Jahr 1914 noch eine weitere Steigerung des Anteils der Erst- geburten: an den 90 005 ehelich Geborenen des Jahres waren die ersten Kinder beteiligt mit 11 117, also mit 12,34 Proz. Aber in 1915 verminderte sich bei nur noch 24 962 ehelich Geborenen des Jahres die Zahl der ersten Kinder auf nur 8338, das sind nur 33,4 von 1000. Von der Regel, daß der Geburtenrückgang bei den Erst- geborenen geringer als bei den Zweitgeburten, den Drittgeburten usw. ist, macht das Jahr 1915 eine sehr deutliche Ausnahme. Von 1914 zu 1915 verminderte sich das Jahresergebnis für die ehelich Geborenen im ganzen von 90 005 auf 24 962, um 65 043, etwa 72 Prozent, im einzelnen für die Erstgeborenen von 11 117 auf 8338, um 2 784, rund 25 Proz., für die Zweitgeborenen von 7644 auf 6497, um 1 147, nur 15 Proz., für die Drittgeborenen von 4202 auf 3729, um 473, rund 11 1/2 Proz., für die Viertgeborenen von 2383 auf 2264, um 119, nur 5 Proz., für die Fünftgeborenen von 1580 auf 1399, um 181, etwa 11 1/2 Proz., und so weiter. In 1915 hatten, wie man hier sieht, gerade die Erstgeburten einen ganz außerordentlich starken Rückgang. An dem im Jahre 1915 eingetretenen Rückgang der Gesamtzahl ehelich geborener Kinder um 5043 sind die Erstgeborenen mit einem Ausfall von 2784 beteiligt, der allein mehr als die Hälfte des gesamten Ver- lustes ist. Es ist selbstverständlich, daß diese plötzliche und bedeutende Minderung der Erstgeburten ihre besondere Ursache hat. Aus dem Kriegszustand erklärt es sich, daß in 1915 vielen jungen Ehen der erste Familienzuwachs verlag blieb.

Bezugscheine für Textilwaren.

Im Verein der Textildetaillisten Groß-Berlins gab der Vor- sitzende, Herr D. Heilmann, eine Uebersicht über die neue Verord- nung betr. Bezugscheine für Web-, Wirt- und Strickwaren. Während bisher bei manchen Gegenständen von gewissen Preis-

lagen an ein Bezugschein nicht beigebracht zu werden brauchte, ist nun die Unterscheidung nach den Preisen auf- gehoben. Für Herren- und Damenoberkleidung ist die Er- leichterung getroffen worden, daß jemand, der ein ge- tragenes, gebrauchsfähiges Oberkleidungsstück an einer von der Behörde bestimmten Stelle abliefern, einen Bezugschein für einen gleichartigen Gegenstand, in allerdings hoher Preislage, erhält, ohne daß eine Prüfung des Bedarfs stattfindet. Die Bestimmung, daß Damenkonfektion, die sich am 10. Juni im Besitz der Kleinändler befand, ohne Bezugschein verkauft werden kann, ist aufgehoben. Nun darf aber nicht angenommen werden, daß nun alle Textilwaren der Bezugscheinpfllicht unterliegen. So ist ein Bezugschein nicht erforder- lich bei leinenen und halbseidenen Stoffen, Sammeten, auch Seidens, Stidereistoffen und sog. undichten Kleiderstoffen (Wolle, Füll usw.) Ebenso sind die daraus gefertigten Bekleidungsstücke bezugscheinfrei. Ferner mit Pelz gefütterte oder mit Pelz überzogene Kleidungsstücke und imitierte Pelzgarituren aus Wollsch, Krimmer oder Astradan. Soweit Korsette am 31. Oktober fertiggestellt waren, dürfen sie ohne Be- zugschein verkauft werden. Frei sind ferner unter anderem Säuglingsbekleidung für Kinder bis zu einem Jahr, Kragen und Manschetten, Kravatten, Spigentafelentücher, abgepaßt gewebte Gardinen und Vorhänge und so weiter. Eine Erleichterung gegen den bisherigen Zustand sieht die neue Verordnung insofern vor, als Stoffe bis zu Längen von 30 Zentimeter ohne Bezugs- schein verkauft werden dürfen, wenn der Preis nicht mehr als eine Mark beträgt. Ebenso können Gegenstände, die nicht mehr als eine Mark für das Stück kosten, mit Ausnahme von Strümpfen, Hand- schuhen, Taschentüchern, Schuettüchern, ohne Bezugschein abgegeben werden. In beiden Fällen darf aber zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als ein Stück von der Ware veräußert werden. Die Bestimmung der alten Verordnung, daß der Verkauf der Bezugs- scheinpflichtigen Ware an das Publikum allen Personen verboten ist, die nicht gewerbsmäßig Kleinhandel mit diesen Gegenständen be- treiben, ist aufrecht erhalten worden. Fabrikanten und Großisten dürfen daher ihre Waren nur an Kleinändler, nicht aber direkt an die Verbraucher verkaufen.

Zum Schluß gab der Vorsitzende eine Darstellung der Schritte, die vom Verein beim Berliner Magistrat und den Magistraten der Nachbarorte unternommen worden sind, um eine Verein- scheidung der Ausgabe des Bezugscheins herbei- zuführen. Im Publikum ist noch vielfach die Meinung verbreitet, daß man zur Erlangung des Bezugscheins wenigstens das erste- mal unbedingt eines polizeilichen Wohnungsausweises bedarf. Diese Ansicht trifft nicht zu. Es genügt jede Legitimation, aus der die augenblickliche Wohnung deutlich hervorgeht. So ein Mietvertrag mit der letzten Mietzahlungsquittung, die letzte Gas- rechnung, bei Kriegerfrauen der Unterfügungsschein, sowie über- haupt jedes amtlich abgestempelte Schriftstück, auf dem die Wohnung vermerkt ist.

Zündholzvucher in Sicht!

Die Feststellung, daß auf Anregung der zuständigen Stelle die Vertretung der deutschen Zündholzindustrie eine Verständigung unter den Fabrikanten über einen Kleinhandelspreis von 45 Pf. für das Palet Streichhölzer herbeigeführt hat, hat die Wirkung gehabt, daß plötzlich deutsche Streichhölzer aus dem Klein- handel nahezu verschwunden sind. Wir haben uns damit wiederholt befaßt. Die Händler suchen diese Erschwerung da- durch zu erklären, daß die Fabrikanten infolge starker Knappheit an Rohstoffen nicht imstande wären, zu liefern. Diese Begründung wird, wie die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt, durch die Tatsache auf das blingliche widerlegt, daß noch vor kurzem die Zündholzfabriken eine Verkaufszug ihrer Kontingente beantragt haben. Ein solcher Antrag wäre unmöglich gewesen, wenn tatsächlich ein derartiger Rohstoffmangel vorliegen würde.

Das plötzliche Verschwinden der Zündhölzer im Kleinhandel hängt mit der Lage der Erzeugung durchaus nicht zusammen, es beruht vielmehr lediglich auf einem absichtlichen Zurück- halten der Ware. Wer dafür verantwortlich ist, läßt sich im Augenblick nicht klar übersehen. Kleinändler, die unmittelbar vom Fabrikanten beziehen, und solche, die durch den Großhändler versorgt werden, erklären übereinstimmend, keine Streichhölzer erhalten zu können. Man wird sich erinnern, daß die Vereinbarung zwischen den Zündholzfabriken über die Preise für den Klein- handel und über den Verkaufspreis an den Verbraucher den Zweck verfolgte, ein Eingreifen der amtlichen Stellen zu verhindern. Die Vereinbarung hat, wie der gegenwärtige Zustand zeigt, den erhofften Erfolg einer Abkopplung zu einem angemessenen Preise nicht gehabt. Das genannte Blatt fordert, daß die Reichsregierung sich sofort der Angelegenheit annimmt. Dem Vernehmen nach seien bereits die ersten Schritte dazu getan. Soffentlich wird dabei auch der zwischen den Fabrikanten vereinbarte Preis und der Aufschlag für den Kleinhandel daraufhin nachgeprüft, ob er mit der Lage der Erzeugung voll im Einklang steht. Sach- verständige Kreise halten es sehr wohl für möglich, daß der bis- herige Kleinhandelspreis von 45 Pf. für das Palet noch er- nährt wird.

Die Groß-Vertriebs-Gesellschaft für Obst G. m. b. H., Berlin, hat unter Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst sowie im Einvernehmen mit der Preisprüfungsstelle, Groß-Berlin, nach Anhörung der beteiligten Interessenten folgende Verkaufspreise im Großhandel für das auf Käthen verkaufte und aus Oesterreich kom- mende Obst festgesetzt:

- Klasse I: Goldparanänen, Ananas, Sternnetten (Kanada), Purpurnetten, Goldnetten, Rindäpfel, Anisäpfel, Glodenäpfel, rote, grüne und weiße Stettiner Voskoop, steirische Äpfel, Pfann- kuchenäpfel 40 M. für 50 Kilogramm.
Klasse II: Graue Netten, rote Netten, rote Hähne, Bonn- äpfel, Schafsnasen, große Kochäpfel 33 M. für 50 Kilogramm.
Klasse III: Pelzäpfel, graue Säflinge, Waldbäpfel und an- dere Äpfel, welche namenlos gehandelt werden 25 M. für 50 Kilo- gramm. Auslaufäpfel 15 M. für 50 Kilogramm.
Die vereinbarten Preise treten sofort in Kraft und bleiben bis einschließl. den 18. November in Gültigkeit.

Die Wurstfabrikation in Berlin.

Die Bestimmungen des Magistrats über die einheitliche Her- stellung und den einheitlichen Verkauf von Blut- und Leber- wurst in Berlin treten am kommenden Montag in Kraft. Der Magistrat verfolgt mit der Zentralisierung den Zweck, im Interesse der Stredung eine gewisse Aufsicht ausüben zu können. Durch die Neuordnung wird sichergestellt, daß in ganz Berlin die Herstellung von Blut- und Leberwurst einheitlich geschieht. Ueberall werden die gleichen Teile in dem gleichen Verhältnis verarbeitet, genau wie es vom Magistrat vorgeschrieben ist. Sollten sich Mängel herausstellen, so sollen Änderungen und Verbesserungen vorgenommen werden. Im übrigen bezieht sich die einheitliche Herstellung einzig auf die Blut- und Leberwurst. Es ist den Schlächtermeistern nach wie vor freigestellt, die kleinen Abfälle die sich hier und da ergeben, in den eigenen Betrieben als Wurstwurst, Wurstwurst oder dergleichen zu ver- arbeiten. Das gleiche Recht steht den Gastwirten zu, die in ihren Betrieben mancherlei Abfälle haben, die sonst unverwertet bleiben würden. Allerdings sind bei der Herstellung dieser Wurstarten die früheren Bestimmungen des Magistrats der Stadt Berlin nicht außer acht zu lassen.

Kriegsbekanntmachungen.

Am 10. November 1916 ist eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Fachs- und Hanfstroh, Bastfasern (Jute, Flachs, Ramie, europäischer

und außereuropäischer Hanf) und von Erzeugnissen aus Bastfasern erschienen.

Ferner ist eine Bekanntmachung betreffend Herstellungsverbod von Garnen und Geweben aus Mischungen von Papier und Wolle oder Kunstwolle in Kraft getreten. Durch diese Bekanntmachung wird die Verwendung von Wolle oder Kunstwolle oder Mischungen von Spinnstoffen, in denen Wolle oder Kunstwolle enthalten ist, zur Herstellung von Garnen oder Geweben unter Mitverwendung von Papier verboten.

Ein Nachtrag ist zu der Bekanntmachung betreffend Beschlag- nahme und Bestandsübergebung von Web-, Wirt- und Strickwaren vom 1. Februar 1916 erschienen, der im wesentlichen den Kreis der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände auch auf diejenigen Waren ausdehnt, die unter Mitverwendung von Papier hergestellt sind.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist bei den Polizei- behörden einzusehen.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Sonnabend, den 11. November 1916.

Schellfische, Klein (bis 2 1/2 Pfund) 2,00 M., mittel (von 2 1/2 bis 1 Pfund) 2,30 M., großmittel (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,40 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 2,60 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 2,10 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 2,30 M., große (von 4 Pfund und mehr) 2,40 M., ohne Kopf (im Querschnitt) 3,25 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,25 M. (Zufuhr ungenügend.)

Zugveränderungen auf der Strecke Berlin-Dresden. Die Zug- einführungen, die Mitte November eintreten, treffen auch die Strecke Dresden-Berlin. So wird der D-Zug 51, ab Dresden 7 Uhr 20 Minuten vormittags, an Berlin (Anhalter Bahnhof) 10 Uhr 20 Minuten vormittags, und der D-Zug 198, ab Berlin 10 Uhr 10 Minuten abends, an Dresden 1 Uhr 6 Minuten nachts, vom 15. November ab wegen verhältnismäßig geringer Benützung fort- fallen. Der Anschluß von Chemnitz an den D-Zug 51 nach Berlin wird dadurch hergesteilt, daß dieser Zug von Riesa statt nach Niddau nach Elstertwerda geführt wird, wo er Anschluß an den D-Zug 107 Wien-Berlin findet, der 11 Uhr in Berlin eintrifft. Dieser D-Zug 107, der voranschließl. künftigh 8 Uhr aus Dresden abfahren wird, bietet einen Ertrag für den fortschreitenden D-Zug 51, der nur 33 Minuten früher in Berlin eintrifft.

Eine „Girozentrale der Provinz Brandenburg“ ist vom Giro- verband der kommunalen Verbände der Provinz Brandenburg er- richtet worden. Sie hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß nunmehr die Geschäftsstelle von Forst (Laußitz) nach Berlin W. 8, Kronenstr. 61/63 verlegt werden mußte. In diesem Jahre sind bereits über 800 Millionen Mark umgesetzt. Stadt- stummer Nachowitz-Schöneberg hat die Leitung übernommen. Zu seinem Stellvertreter ist der Erste Bürgermeister Fischer-Forst gewählt worden.

Erleichterung des Verkaufs von Webwaren auf Märkten. Die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strickwaren hat für die bürgerliche Bevölkerung den Verkauf dieser Waren auf Messen und Märkten sowie im Umhergehen fast gänzlich unterbunden. Der Reichsverband reisender Gewerbetreibender Deutschlands hat hier- über Klage geführt. Der Grund dafür wird nicht in der Einführung der Bezugscheine überhaupt gesehen, sondern darin, daß es so lange dauert, bis ein Antragsteller einen Bezugschein ausgereicht erhält, um ihn beim Einlauf auf Messen und Märkten sowie beim Wandergewerbetreibenden verwenden zu können. Im Sinne dieser Gewerbetreibenden haben deshalb der Handelsminister und der Minister des Innern den Oberpräsidenten zu Potsdam und die Regierungspräsidenten erucht, dafür zu sorgen, daß die Behörden etwaige Wünsche des Publikums um eine Beschleunigung des Ver- fahrens für Messen und Märkte oder bei Wandergewerbetreibenden nach Möglichkeit berücksichtigen. Es gilt dies für die Stellen, die die Notwendigkeit der Anschaffung prüfen, wie auch für die, die die Bezugscheine ausstellen. Die Sorgfalt bei der Prüfung soll dadurch aber nicht leiden.

Zur Unterfugung bei der Ermittlung unbekannt Verstorbenen werden vom Zentral-Nachweissbureau des königlichen Kriegs- ministeriums Photographien solcher Verstorbenen in zeitweilig herausgegebenen Sonderveröffentlichungen veröffentlicht. Diese Sonder- veröffentlichungen werden den Ortspolizeibehörden ständig überandt und können dortselbst von Interessenten eingesehen werden.

Wattenmordversuch in der Gartenstraße.

Wegen verdachten Mordes verhaftet wurde die 30 Jahre alte Barbierfrau Anna Nidel geb. Werner aus der Gartenstraße 11. Frau Nidel, die aus Deuben stammt, lebte mit ihrem Manne, dessen dritte Frau sie ist, fast sieben Jahre in glücklicher Ehe. Die sie be- hauptet, wurde dieses Glück von ihrem Manne dadurch zerstört, daß er mit ihrer jüngeren Schwester, die im letzten halben Jahre eine Zeitlang bei der Familie wohnte, ein Liebesverhältnis anknüpfte. Seit der Zeit vernachlässigte Nidel, der im Nachbarhause Nr. 9 ein Barbiergehäst betreibt, seine Frau immer mehr. Sie hatte den Eindruck, daß es ihm nur darum zu tun war, sich ihrer zu entledigen und sie auf irgend eine Weise zu zwingen, die häusliche Gemeinschaft mit ihm aufzugeben. Wie sie sagt, miß- handelte er sie wiederholt und gab ihr zuletzt auch so wenig Wirt- schaftsgeld, daß sie nicht zurechtkommen konnte. Schon vor acht Tagen sollte Frau Nidel nach einer Mißhandlung den Plan, ihrem Manne einen Drazettel zu geben. Sie kaufte sich damals bei einem Eisenwarenhändler in der Nachbarhaft einen Revolver mit vielen scharfen Patronen. Allmählich jedoch beruhigte sie sich wieder und nahm von ihrem Plan Abstand. Am Donnerstag jedoch lebte der Gedanke in ihr wieder auf, nachdem Nidel ihr den Trauring und die Ohrringe abgenommen und sie ausgefordert hatte, die Woh- nung zu verlassen. Gestern morgen, als ihr Mann noch schlief, stand Frau Nidel heimlich auf und schoß im Dunkeln fast die ganze Trommel ihres Revolvers auf ihn leer. Zwei Schüsse trafen den Mann an der rechten Stirnseite, ein dritter an der linken Kopfseite und ein vierter an der linken Hand. Nidel wurde so schwer verletzt, daß er sich nicht mehr erheben konnte. Die Frau verließ nach dem letzten Schuß die Wohnung, begab sich zu dem nächsten Schuttmann, den sie auf der Straße traf, und teilte ihm mit, daß sie auf ihren Mann geschossen habe. Die Revolverpolizei, der sie zu- geführt wurde, sah sofort in der Wohnung nach und fand Nidel erheblich verletzt aber bei vollem Bewußtsein. Sie brachte ihn nach der Klinik in der Fiegelstraße, wo festgesetzt wurde, daß die Ge- schosse noch im Kopfe stecken. Der Verletzte konnte von der Kriminal- polizei bereits vernommen werden, weil die Verletzungen nicht lebensgefährlich sind. Er bestritt, daß er seiner Frau Ver- anlassung zu Eiferucht oder überhaupt zu Morden gegeben habe. Sein angebliches Liebesverhältnis zu seiner Schwägerin bestehe nur in der Einbildung seiner Frau. Er habe nicht diese, sondern sie ihn hintergangen, während er im Felde stand. Seine Frau habe auch die Wirtschaft und die Kinder vernachlässigt. Darüber sei es nach seiner Rückkehr aus dem Felde zum Zwist gekommen. Seine Frau, die lungenleidend ist, habe ihm auch gedroht, daß sie ihn Ende vor sich sehe, daß er aber noch eher sterben müsse als sie. Aus diesem Grunde habe er auch Vorichtsmaßregeln getroffen. Nach dem ersten Schuß sei er erwaht. In diesem Augenblick habe ihm aber seine Frau Pfeffer in die Augen gestreut und dann wieder geschossen. Das muß Frau Nidel zugeben. Angeblich hatte sie den Pfeffer schon vor einigen Tagen für die Wirtschaft gekauft. Die Frau leugnet die Absicht ihren Mann zu töten, erachtet aber so schwer belastet, daß sie gestern wegen verdachten Mordes dem Unter- suchungsrichter vorgeführt wurde.

**Verlängerung der Anmeldefrist für ausländische Wertpapiere.**  
In der Presse ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß viele Eigentümer ausländischer Wertpapiere der ihnen durch Bundesratsverordnung vom 23. August 1916 auferlegten Verpflichtung, ihren Besitz in solchen Papieren der Reichsbank anzumelden, um deswillen nicht nachkommen werden, weil sie diese Papiere ohne Entschädigung der Reichssteuerabgabe in das Inland eingeführt haben und glauben, sich durch die Anmeldung derartiger, den deutschen Reichsteuern nichttragenden Papiere der Gefahr auszusetzen, in Strafverfolgung genommen zu werden. Um dieses Hindernis für eine möglichst genaue Ermittlung des inländischen Besitzes an ausländischen Wertpapieren zu beseitigen, haben sich die Regierungen aller deutschen Bundesstaaten entschlossen, von der ihnen zustehenden Strafbefugnis insoweit keinen Gebrauch zu machen, oder die etwa wegen Nichtversteuerung verurteilten Strafen nicht zum Vollzug zu bringen, als solche Wertpapiere der Reichsbank mit dem Vermerk „Unversteuert“ angemeldet werden und die geschuldete Abgabe nachträglich wird. Auf die mit der Rückmeldung verknüpften Strafen (Geldstrafe bis zu 1500 M. oder Gefängnis bis zu drei Monaten) sei hingewiesen. Die Anmeldefrist ist bis zum 15. November verlängert.

**Heute keine Frachttaxiannahme.** Es sei daran erinnert, daß am heutigen Sonntagabend im Bereich Berlin Frachttaxi nicht angenommen wird.

Drei Berliner Einbrecher sind kürzlich in Potsdam verhaftet worden. Einem auf dem dortigen Bahnhof postierten Schutzmann fielen drei feine junge Leute auf, die einen gewichtigen Reiseford und einen schweren Koffer mit sich führten. Der Beamte stellte die drei zur Rede, die zunächst sehr entrüstet taten. Der Schutzmann ließ sich jedoch nicht täuschen und öffnete den Koffer. Der Inhalt bestand aus geschlachteten Gänsen, Hühnern und Kaninchen; in dem großen Koffer befanden sich neben geschlachtetem Geflügel auch lebende Kaninchen. Während der Beamte diese Feststellungen machte, versuchten die Burken zu entfliehen, wurden jedoch mit Hilfe von Bahnbeamten festgenommen. Die Verhafteten sind Berliner Einbrecher. Ihre wertvolle Beute stammte aus einem Eindruck bei dem Besitzer Stapel in Weltow.

## Aus den Gemeinden.

**Städtischer Lebensmittelverkauf in Neukölln.** Bei der allgemeinen Knappheit verschiedener Produkte ist es nicht immer leicht, neben der laufenden Beschaffung von Gemüse und dergl. auch andere Lebensmittel, die bekanntlich bei der in den meisten Haushaltungen vorhandenen wenig abwechslungsreichen Verköstigung sehr erwünscht sind, zu möglichst niedrigen Einkaufspreisen der Bevölkerung zugänglich zu machen. Die Wareneinkaufsstelle der Stadt Neukölln ist deshalb dauernd bemüht, insbesondere günstige Angebote für Lieferung von Fleischwaren zu erlangen. So sind neuerdings folgende Produkte zum Verkauf in den zehn städtischen Verkaufsstellen aufgenommen worden:

1. Sardinen in Öl 1,10 M.
2. Sardinen in Tomaten 1.— M.
3. Matrelen, Dose 1,25 M.
4. Fischbrötchen, Dose 1,65 M.
5. Räucherheringe, Stück 0,80 M.
6. Pfanzfleisch 1/2 Pfd. 2,80 M.
7. Kalb in Gelee I, per Dose 2,85 M.
8. Kalb in Gelee II, per Dose 2,80 M.
9. Kalb in Gelee III, per Dose 2,10 M.
10. Seelachs per Dose 1,70 M.
11. Fischlardonade, per Dose 1,85 M.
12. Rührliefer, Pfund 1,50 M.

**Tödlicher Unfall in Neukölln.** Als sich gestern vormittag mehrere Schüler auf dem Wege zur Schule in der Kirchhofgasse befanden, bog plötzlich ein Fuhrwerk des Postkutschendienstes in die sehr schmale Gasse ein. Der Kutscher hatte sich aber wohl versehen, denn er bog sofort wieder um. In diesem Augenblick befanden sich die Knaben gerade neben dem Fuhrwerk und vermochten nicht mehr auszuweichen. Sie drückten sich eng an einen Baum, während das Fuhrwerk mit unermindelter Schnelligkeit fuhr. Der feldjährige Schüler Max Schöler aus der Kaiser-Friedrich-Str. 100 wurde von dem schweren Kastenwagen gegen den Baum gedrückt und erlitt einen Schädelbruch und schwere Lungenblutungen. Der Kutscher brachte den Verunglückten zur Unfallstation. Dort konnte jedoch nur der inzwischen eingetretene Tod des Kindes festgestellt werden.

**Schöneberg.** Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Anträge im Stadiparlament eingebracht. Der Magistrat wird ersucht:

1. Dahin zu wirken, daß die Reichsunterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer den erhöhten Lebensmittelpreisen angepaßt wird.
2. Dafür zu sorgen, auch die Krüger-Witwen- und Waisenrente entsprechend der Teuerung zu erhöhen.
3. Allen Kriegserkrankten und -Witwen Lebensmittel sowie Feuerung unentgeltlich bezw. zu ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen.

**Ferner:**

1. Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicher zu stellen und gleichmäßig unter die Bevölkerung zu verteilen.
2. Das Kriegsernährungsamt aufzufordern: die Höchstpreise herabzusetzen und dafür zu sorgen, daß Brot, Fett, Fleisch, Kartoffeln, Milch usw. durch Einfuhr gefördert und zu ermäßigten Preisen genügend zur Verteilung gelangt.

Diese Anträge stehen am Montag, den 13. d. M., abends 6 Uhr, im Neuen Rathaus zur Beratung.

**Wilmerdorf.** Bei den Stadiparlamentwahlen in Wilmerdorf wollen die Bürgerlichen auch diesmal wie 1914 den Burgfrieden halten. Der Sozialdemokrat bleibt die Neubefestigung des 7. Bezirks überlassen. Als Kandidat wird von unserer Seite Dipl.-Ing. Genosse K. Schmidt aufgestellt.

**Bezirk 7 umfasst:** Am Seepark 13—34, Augustastr. 60—68, Badensche Str. 26—32, Berliner Str. 17—41 und 130—146, Brandenburgische Str. 1 und 2, Gasteiner Straße, Gänsestr. 34—51, Hohenzollernstraße 188, Hofmeisterstr. 1—19 und 40—60, Kaiserallee 48—50, Landhausstr. 8—25 und 26a—28, Lauenburger Straße, Mehlhühlerstraße, Rastauische Str. 18a—57, Palzburger Str. 28—56, Platz B, Sigmaringer Str. 1—17, Straße 1, Straße 55, Straße 69, Uhländstr. 74—127, Wilhelmstraße 6—28 und 110—138.

**Steglitz.** Am 7. d. M. hielt der Sozialdemokratische Ortsverein Steglitz eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in der der Genosse Welsch in einem Vortrag über das Thema: „Die letzten Vorgänge in der Partei“ zu Wort kam. Die Versammlung faßte ihre Zustimmung zu den eingehenden Ausführungen des Redners in einer Resolution zusammen, die das Verhalten des Parteivorstandes in der „Vorwärts“-Angelegenheit billigte, es bekräftigte, daß der „Vorwärts“ wieder als Zentralorgan der Partei erscheinen kann. Die Versammlung gab der Erwartung Ausdruck, daß im „Vorwärts“ auch weiterhin die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei in sachlicher Form zu Worte kommen und beurteilte das gegen das „Vorwärts“-Unternehmen gerichtete Vorgehen der gesamten Opposition.

### Eine Kriegsküche in Friedenau.

Die Friedenauer Gemeindeverwaltung hat infolge der starken Bewegung in der Bürgerchaft für Verbesserung der ungenügenden Lebensmittelversorgung die Errichtung einer Kriegsküche beschlossen, in der zunächst 2000 Personen gespeist werden können. Für die Zwecke der Küche wurden 20000 M. bewilligt. Die erforderlichen

Räume werden in der Turnhalle der zweiten Gemeindefaule in der Goplerstraße zur Verfügung gestellt. Die Leitung der Küche besteht aus Mitgliedern des Gemeinderats und aus Bürgerdeputierten.

Der Sozialdemokratische Wahlverein Köpenick hielt am Dienstag, den 7. d. M., eine von fast 300 Personen besuchte Versammlung ab. Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Landsberg sprach über „Weltkrieg und Sozialdemokratie“.

In der Diskussion vertraten die Genossen Lorenz und Kern den Standpunkt der Opposition. Ihre Einwendungen wurden vom Genossen Krüger und vom Genossen Landsberg im Schlußwort unter lebhaftem Beifall der Versammlung widerlegt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wies Genosse Wähler darauf hin, daß am 13., 14. und 15. d. Mts. die Stadiparlamentwahlen der dritten Abteilung stattfinden. Von der sozialdemokratischen Partei sind wieder die bisher bewährten Stadiparlamenten, die Genossen Rudolf Finger, Gustav Müller, Hermann Silberstein, Albert Stippelholz und Fritz Weisk aufgestellt. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Parteigenossen und Arbeiter zur Wahl gehen und für diese Kandidaten eintreten, da eine kleine Sondergruppe versucht, Zersplitterung auch in die Stadiparlamentwahlen hineinzutragen.

**Spandau.** Die Stadiparlamenten haben gestern einen Initiativantrag der Stadtp. Fraktion und Genossen über die Tarifserhöhungen im Verkehrsweien von Groß-Berlin usw. beraten und nach einer eingehenden Erörterung und ausführlichen Darlegungen des Stadtp. Dr. Kantorowicz einstimmig beschlossen, in der nächsten Vollversammlung des Verbandes Groß-Berlin gegen jede Tarifserhöhung im Groß-Berliner Verkehrsweien und gegen den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn zu stimmen. Das Vorgehen des Verbandes Groß-Berlin in dieser Verkehrsfrage wurde von allen Seiten scharf kritisiert. Es sei den Interessen der Vororte, besonders von Spandau und den übrigen industriellen Städten nicht nur obtrügl. sondern geradezu schädlich und müsse bekämpft werden. Es wurde ein Zusammengehen mit den übrigen Vororten und der Stadt Berlin dringend empfohlen.

Einer, der sich nichts vormachen läßt. Der Gemeindevorsteher von Neutredbin (Mark) erließ folgende amtliche Bekanntmachung: „Ich erlaube die Kuhhälter dringend, die Wahrheit bezüglich der Milchproduktion anzugeben und nicht mit solchem Schwindel zu kommen, daß zwei Kühe, darunter eine frischmilchende, nur vier Liter Milch geben. Ich werde diesen Fall dem Kommunalvorstand anzeigen und müssen diese Kühe abgeschlachtet werden. Ueber die Magermilch kann jeder Besitzer frei verfügen. Es wird streng bestraft, wer Butter nach außerhalb liefert. Es muß unser Bestreben sein, so viel Butter zusammen zu bringen, daß wir 60 Gramm Butter verteilen können. Ich besitze zwei altmilchende Kühe und kann noch 3 Pfund Butter abgeben, nachdem ich für acht Personen Butter zurückbehalte.“

## Parteiveranstaltungen.

Der Arbeiter-Turnverein Berlin-Pankow veranstaltet am Sonntag, den 12. November, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle der VII. Gemeindefaule, Kaiser-Friedrich-Straße, ein öffentliches Schachturnen. Gäste sind hierzu herzlich eingeladen.

## Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Berlin Süd-West-Viertel. Morgen Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 55/59; Lichtbildvortrag über das interessante Thema: Die Donau von der Quelle bis zur Mündung. (Referent Herr Dittmer.) Im Anschluß daran gefälliges Beisammensein unter Mitwirkung jugendlicher Kollegen und Kolleginnen. Eintrittskarten zu 10 Pf. sind bei allen Funktionären zu haben. Gäste, besonders Eltern und Angehörige der arbeitenden Jugend, sind willkommen.

Arbeiter-Jugend Weiskensee. Sonntag, den 12. November, abends 7 Uhr, im Restaurant Waldschloß, Parkstr. 16: Feier des zweiten Stiftungsfestes des Arbeiter-Jugendbundes Weiskensee. Altbekanntes Kunstabend. Prolog, Festspreche, Regitation, Volkstheater zur Laute, Theateraufführung und Volkstänze. Eintritt 35 Pf.

**Eile zu Weile**  
Spezialhaus für Pelzwaren  
Berlin S. 119 Dresdener Straße 119  
Eckhaus am Oranienplatz.

**Ausstellung der neuesten Muster**  
Nur Prachtstücke  
in Echt Skunks  
" Fuchs  
" Marder  
" Skunks-Opussum  
sowie in allen anderen Pelzarten  
zu wirklich billigen Preisen.

**Pelz-Hüte**  
leicht und schick.  
Bitte genau auf Nr. 119 Dresdener Straße 119 und Firma Eile zu Weile zu achten.  
Sonntags von 12—2 geöffnet.



Eigene Kürschner-Reparaturen Umrarbeitungen.

**Derner**

**Schuhhaus**  
Schöneberg  
Hauptstraße 160  
Ecke Kaiser-Friedrich-Straße.

**Wilmerdorf**  
Augustastr. 1.

Für den Winter:  
**Filz- und Kamelhaarschuhe**  
für Damen- Herren und Kinder  
in sehr großer Auswahl.  
**Billigste Preise!**



**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Westen  
Bei Einkäufen empfohlen.

**Brauereien**  
Adelung & Hoffmann  
Akt.-Brauerei Potsdam  
Zig. Niederlag. Berlin SW. 47  
Kreuzbergstraße 23, Brandenburgerstr. a. H., Wilhelm-dorferstraße 72.  
Spez. - Potsdam-Stangen- bier Bürgerbräu.

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
Georg Dabelow  
Potsdamer Straße 76b.

**Gelochholzkäufe**  
Rud. Flanagan, Alt-Moab. 110.

**Wolke, Fruchtsäfte, Liköre**  
E. & M. Leydicke  
Mannstr. 4

**Charlottenburg**  
Otto Gaede  
Mehld., Kolow. Wüsten. Str. 41.

**O. Grätz**  
Schuhw.-Lag. Rep. bill. Lützowstr. 7.

**Nowawes**  
A. Kieper  
Friedrichstr. 38  
Damen-, Kinder-Konfektion.

**Spandau**  
Paul Gaede mohl und Kolonialw.  
Breitestr. 47, Schönwalderstr. 12/14, Pichelsdorferstr. 12.

**Haus- und Küchengeräte**  
Hermann Finck  
Eisenwar., Schönwalderstr. 47.

**Alfred Bartels**, Breitestr. 25  
**Schirme, Leder-, Drochslarw.**  
**A. Markgraf**, Brüderstr. 11 Rok.  
**Hilgerstr.** 12, G. Farnell, Strieg.  
**Ad. Tordow**, Goldschmiedestr. Mark 10, reg. 1869.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**  
Berlin-Süden  
Besucht wiederholt einmal.  
Bei Einkäufen empfohlen.

**Bäcker- u. Konditorien**  
P. Radloff  
Nikol., Allerstr. 37  
Amerikanerstr. Köpenick.

**Fleisch- u. Wurstw.**  
Paul Müller, Priesenstr. 22.

**Karlgarion 18**  
E. Negber  
E. Pichelsd. u. Lützow.

**Mehldis., Kolonialw.**  
Joh. Pietsch, Gneisenaustr. 97.

**A. Schleinitz, Mariannenstr. 14**

**Wolke, Fruchtsäfte, Likör.**

**E. & M. Leydicke**  
Mannstr. 4

**Uhren, Goldwaren**  
S. Fenske, Kottbus. Damm 94  
Streng reell, anerkannt bill.

**Neukölln**

**C. Dittmann**  
Berlinerstr. 43  
Wild - Geflügel - Fleisch.

**Pelzwaren**  
eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schicke Modellen. Kürschnermeister Itzig, Kantstr. 50 im Hause der Post

**Kopenhagener Hauttabak**  
dieser nicht mehr einschätzt werden. Bester Ersatz für Kapitan-Kopenhagener feinsten Qualität in demselben Gehalt. Erhältlich in den meisten Geschäften.  
C. Röder, Berlin, Grüner Weg 111. (Reg. 9861)  
Hauptniederlage d. Kapitan-Tabake sowie Korohäuser u. Wüsth. Hauttabake, Stigarren in Original-Tabakpreisen.

**Kranz- u. Blumenspenden**  
schnell und billig.  
Turmstraße 56 Dahers  
Hobbit 6134.

**Pelzwaren**  
wegen Einberufung enorm billig.  
Alaskafuchs-Kragen . . . M. 18.— an  
Skunkskragen . . . 50.—  
imit. Alaskafuchs . . . 12.—  
Marder . . . 60.—  
Große Auswahl in allen anderen Pelzwaren. — Reparaturen werden schnell und billig ausgeführt.  
Kürschnermeister.  
Poczler, Kottbuser Damm 15.  
Bitte genau Hansnumm. zu beacht.

**Wichtig für Herren!**  
Während des Krieges  
gibt Erste Herrenkleiderfabrik

**Ulster, Paletots, Anzüge, fertig und nach Maß**  
noch ohne jede Preisserhöhung im Einzelverkauf noch ohne jede Preisserhöhung vom großen Fabriklager ab.  
Bezugscheine werden von der Firma kostenlos besorgt.  
Verkaufzeit 10—8, Sonnabends 10—8, Sonntags 12—2.  
Molkenmarkt 7—8, IV, Fahrstuhl

Winter-Paletots von M. 42.— an  
Winter-Ulster von M. 36.— an  
Winter-Joppen von M. 11.— an

**M. Schulmeister**  
Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor  
Ab 1. Okt.: Sonntags 12-2 geöffnet.  
Maßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

Sacco-Anzüge von M. 38.— an  
Rock-Anzüge von M. 54.— an  
Jünglings-Anzüge von M. 29.— an